

Bedingungen und Perspektiven für den Klassenkampf in Österreich im Jahr 2011

1. Wirtschaftliche Entwicklung Europas

2. Die Entwicklungen seit dem offenen Ausbrechen der Weltwirtschaftskrise im September 2008 verliefen auf globaler Ebene sehr ungleichmäßig. Dies betrifft die Folgen auf den Kapitalstock, die Produktivität, das Ausmaß der Produktion, die Arbeitslosigkeit, die Fiskal- und Geldpolitik und letztlich das Ausmaß der Erschütterungen der Klassenbeziehungen. Zwar hat die Krise in beinahe jedem Land – in *absoluten* Zahlen gemessen – zu negativen Ergebnissen in den Bereichen Produktion, Beschäftigung und Staatshaushalt geführt, das *relative* Ausmaß der Krisenfolgen und insbesondere die Perspektiven der auf den Tiefpunkt der Krise folgenden Periode sind für die einzelnen Nationalstaaten aber unterschiedlich.
3. Wir stellen fest, dass auf dem europäischen Kontinent die Situation an einer Weggabelung angelangt ist. Während die Länder der europäischen Peripherie der Krise relativ schutzlos gegenüber treten mussten, konnten jene Länder, deren Bourgeoisien auch während der Hochkonjunktur auf die Verbesserung der Produktivität gezielt hatten, aus der Krise in vielen Bereichen Wettbewerbsvorteile ziehen. Wir wollen diese These im Folgenden mit einigen Daten zur Produktivitätsverbesserung unterstützen¹.
4. Appendix 1 gibt die Veränderung der Lohnstückkosten (gemessen als Verhältnis des durchschnittlichen Einkommens der ArbeitnehmerInnen zur Produktion je Erwerbstätigem/r) an. Wir sehen also die Inverse der Produktivität, mithin gilt: je höher die Zahl in der Tabelle, desto ungünstiger die Produktivitätsentwicklung; je niedriger, desto günstiger.
5. Interessant erscheint hierbei vor allem der Vergleich der PIIGS-Staaten (Portugal, Italien, Irland, Griechenland, Spanien) mit jenen Ländern, deren Wirtschaft als robust dargestellt wird (Deutschland, Niederlande, Schweden, Österreich; ab nun „Nordblock“). Wer sich noch immer wundert, warum das deutsche Kapital den anderen europäischen Bourgeoisien mit solch ungeheurer Arroganz gegenüber tritt, findet hier die Lösung: das deutsche Kapital hat sich auf Kosten der deutschen ArbeiterInnen die besten Wettbewerbsbedingungen auf dem europäischen Kontinent geschaffen. Einen Vergleich in Zahlen des Nordblocks und der PIIGS-Staaten zeigt der Appendix 3.²:
6. Um es ganz deutlich zu machen: zwischen 2000 und 2005 sind die Lohnstückkosten in den PIIGS-Staaten *pro Jahr* um durchschnittlich 2%-Punkte mehr gestiegen, als dies im Nordblock der Fall war. Das bedeutet, dass nach Ablauf von 5 Jahren die Produktion im Nordblock im Vergleich zu den PIIGS-Staaten um satte 10% billiger wurde. Der übliche Ausweg der Bourgeoisien der Peripherien, die eigene Währung

¹ Daten Euro-Stat, veröffentlicht durch WKÖ, <http://www.wko.at/statistik/eu/europa-lohnstueckkosten.pdf>

² Eigene Berechnungen

abzuwerten und damit einen Effekt auf die Lohnstückkosten (im Vergleich des Weltmarkts) zu erzielen, wurde durch die Einführung des Euro versperrt. Dass unter diesen Bedingungen einige Länder besser durch diese Krise kommen konnten als andere, erscheint durchaus plausibel.

7. Diese ungleichen Wettbewerbsbedingungen fanden natürlich ihren Niederschlag im Investitionswillen der KapitalistInnen in den verschiedenen Ländern, der (zwar zeitverzögert, aber) unmittelbar durch das Wachstum der Produktion beobachtet werden kann (siehe Appendix 4).³
8. Es ergibt sich hier ein Bild, das nur im zeitlichen Verlauf (d.h. nicht mit den Mitteln der formalen Logik, sondern mit den Mitteln der Dialektik als Lehre der Bewegung) sinnvoll interpretiert werden kann: Das Wirtschaftswachstum war in den PIIGS-Staaten in der ersten Hälfte des hinter uns liegenden Jahrzehntes höher als im Nordblock, in der zweiten Hälfte drehen sich die Verhältnisse um (siehe Appendix 5)⁴:
9. Es ergeben sich zwei zentrale Argumentationsstränge: Einerseits das zeitverzögerte Reagieren des Wirtschaftswachstums auf Investitionen (die durch die Kapitalverwertungsbedingungen getrieben werden), andererseits der reale Niederschlag des Ausmaßes der Spekulationsblase in der Hochkonjunktur.
10. In der ersten Hälfte des Jahrzehnts (die in Österreich durch die Regierung Schüssel repräsentiert wurde), haben die Länder des Nordblocks durch Drosselung des relativen Lebensstandards (Löhne und Sozialleistungen) ein schwächeres Wachstum in Kauf genommen, die auf der anderen Seite den Investitionswillen der jeweiligen nationalen Bourgeoisien angespornt hat. Die PIIGS-Staaten haben hingegen (auch aufgrund eines stärkeren Kampfwillens des Proletariats in diesen Ländern) eine Verbesserung der Kapitalverwertungsbedingungen nicht in diesem Umfang durchsetzen können, was die realen Investitionen gebremst und eine schlechtere Position bei Ausbruch der Krise bedingt hat. Jedoch war bereits ab dem Jahr 2006 das Wirtschaftswachstum im Nordblock stärker als in den PIIGS-Staaten. Die Tendenz war also bereits vorher gegeben.
11. Hinzu kommt, dass in den PIIGS-Staaten das Wachstum hauptsächlich auf extrem konjunkturabhängige Wirtschaftsbereiche gebaut war. Als Extrembeispiel kann Irland dienen, wo der Bankensektor eine im Vergleich zur gesamten Wirtschaftsleistung enorme Ausdehnung erfahren hat. Im Jahr 2008 haben die drei größten Banken des Landes eine Bilanzsumme in Höhe der dreifachen Wirtschaftsleistung aufgewiesen, was sich bei Ausbruch der Finanzkrise klarerweise als riesengroßes Problem herausgestellt hat. Der irische Staat musste ein Budgetdefizit von 32% der Wirtschaftsleistung in Kauf nehmen, um den Sektor zu retten.
12. Ein anderes Beispiel für einen auf Sand gebauten Kapitalismus ist Spanien (und das nicht nur in der Sierra Nevada). Das ungehemmte Wachstum der Immobilienpreise hat bei nachlassender Nachfrage zu einer scharfen Korrektur geführt⁵, was Spanien an den Rand des Bankrotts geführt hat.

³ <http://www.wko.at/statistik/eu/europa-wirtschaftswachstum.pdf>

⁴ Eigene Berechnungen

⁵ Die MarxistInnen haben das Problem des Immobilienpreiswachstums angesprochen, als sich Reformismus und Bourgeoisie noch über die Stabilität der Weltwirtschaft einig waren:

<http://www.marxist.com/reawakening-world-working-class160206.htm>, publiziert am 16.2.2006

13. Einen für alle offensichtlichen Ausdruck finden diese Ungleichgewichte auf der Ebene der Staatshaushalte, wobei diesen im selben Zuge auch eine Rolle als Ursache weiterer Instabilität zugesprochen werden kann. Weit entfernt von Verschwörungstheorien, wonach einige Ratingagenturen und „SpekulantInnen“ die Verwerfungen auf den internationalen Finanzmärkten hervorrufen, analysieren die MarxistInnen die Entwicklung der Staatsschuldenkrisen als materielles Phänomen⁶. Dabei gibt es einerseits wirtschaftliche, andererseits politische Faktoren in Kalkül zu ziehen.
14. Wir müssen bloß fragen: Was treibt „InvestorInnen“ dazu, Staatsanleihen des einen Staates als „sicherer“ (d.h. mit einer höheren Wahrscheinlichkeit der Zinsen- und Rückzahlung) als die eines anderen Staates zu betrachten? Die Antwort liegt auf der Hand: a) ist dieses Land (aufgrund seiner Wirtschaftsleistung) objektiv in der Lage, die Schulden zu bedecken? b) Wird die ArbeiterInnenklasse dieses Landes diese Ausplünderung subjektiv zulassen?
15. Die Kombination dieser Faktoren bedingt die Preisbildung auf dem Markt. Während die erste Frage noch relativ einfach zu beantworten ist, wirft die zweite die Frage der politischen Hegemonie auf. Wir halten fest: Die Bourgeoisie in den Ländern der Peripherie hat sich nicht zugetraut, die Frage der Zins- und Rückzahlungen für die Staatsschulden mit der ArbeiterInnenklasse dieser Länder im Alleingang zu klären. Darüber hinaus: Die Bourgeoisie des Nordblocks hat ihren Kontraparts in Griechenland und Irland nicht zugetraut, sich gegen ihre eigene ArbeiterInnenklasse durchzusetzen.
16. Vor diesem Hintergrund ist der „Rettungsschirm“ der EU zu sehen: Welches Land (d.h.: welche nationale Bourgeoisie) unter diesen schlüpfen möchte, muss die politische Macht über die wesentlichsten wirtschaftspolitischen Entscheidungen an „ExpertInnen“ des IWF und der EU abgeben. Darin liegt auch begründet, warum sich alle gefährdeten Länder – soweit und solange möglich – wehren, die „wohlgemeinte Hilfe“ der EU anzunehmen. Merkel hatte nicht die Macht in Nordrhein-Westfalen nach den dortigen Landtagswahlen – wie vielfach in den bürgerlichen Medien behauptet – sondern die Macht in Athen im Auge.
17. Letztlich haben die Bourgeoisien dieser Länder – bei Strafe des eigenen Untergangs – aber keine andere Wahl, als sich dem Gutdünken der „ExpertInnen der EU“ hinzugeben. Wessen Interessen aber werden von diesen ExpertInnen vertreten? Im irischen Finanzministerium werden die IWF- und EU-VertreterInnen unabhängig von deren tatsächlicher Staatsbürgerschaft jedenfalls nur als „die Deutschen“ bezeichnet. Propaganda von MarxistInnen? Wohl kaum: Die „Süddeutsche Zeitung“ formuliert: „Um die eigenen Banken zu schützen, muss Bundeskanzlerin Angela Merkel jetzt ihre Gesandten nach Dublin schicken, um das deutsche Geld zurückzuholen.“⁷
18. Unter diesen Bedingungen der divergenten Entwicklung auf dem europäischen Kontinent ist ein (mögliches) Szenario, dass die Einheitswährung nicht fortgeführt werden kann. Jede größere Refinanzierung der PIIGS-Staaten kann zu einem Zerbrechen der Währungsunion führen. Die Ausdehnung des Rettungsschirms auf 1,5

⁶ Das bedeutet aber keinesfalls, dass der hohe Monopolisierungsgrad in diesem Sektor von der marxistischen Tendenz bestritten wird.

⁷ <http://www.sueddeutsche.de/geld/finanzkrise-irland-hilfe-die-deutschen-kommen-1.1027444>

Billionen Euro (worin man hofft, Spanien unterzubringen), stößt bereits jetzt auf Widerstände. Die unbarmherzige Realität tritt in Widerspruch zur „europäischen Idee“: Während die Regierenden – insbesondere jene der reformistischen ArbeiterInnenparteien – schwafeln, erklären Ratingagenturen: “ Von den ursprünglich 16 Staaten, die mit ihren Garantien für den EFSF haften, haben nur sechs Länder die höchste Bonitätsbewertung“⁸. Dies nimmt vorweg, was die MarxistInnen seit Jahr und Tag behaupten: Die Einigung Europas auf kapitalistischer Grundlage ist schlichtweg unmöglich: “Denn Profitinteresse, Militarismus und bürgerlicher Nationalstaat sind unvereinbar mit einem Europa, das sein ökonomisches Potential zur Befriedigung der Lebensbedürfnisse der Menschen tatsächlich nutzen will“⁹. Die PropagandistInnen des kapitalistischen Systems brauchten eine Finanzkrise, um zu erkennen, dass die europäische Union zu spät die Bühne der Geschichte betreten hat.

19. Die österreichische Bourgeoisie tritt in die neue Periode nach dem Ausbruch der Finanzkrise mit relativ günstigen Voraussetzungen ein. Die Wettbewerbsbedingungen sind mit jenen Deutschlands vergleichbar. Produktion und Beschäftigung sind – auf Kosten der PIIGS-Staaten – im Steigen begriffen. Die aktuelle Prognose des WIFO bzw. IHS lauten auf +2,2/+2,1% für das Bruttoinlandsprodukt. Für die Arbeitslosigkeit werden keine wesentlichen Änderungen zum jetzigen Zustand erwartet.
20. Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht ist – sofern keine exogenen Schocks eingerechnet werden – keine schockartige Destabilisierung der Klassenbeziehungen zu erwarten. Ein nochmaliges Einbrechen der Konjunktur, ein tatsächlicher Ausfall eines europäischen Staates, die Kraft materieller Kreditausfälle in Osteuropa auf die Bankbilanzen sowie die drohende Inflationsgefahr sind Risikopositionen, auf die nach unserer Meinung für Österreich im Jahr 2011 kein wahrscheinliches Szenario gebaut werden kann.
21. Trotzki skizzierte in Bezug auf die USA für die Wirtschaftskrise ab 1929 folgende Perspektive¹⁰: „The vast economic crisis, which has taken on a social character, will be inevitably transformed into a crisis of political consciousness of the American working class. It is very possible that the revolutionary radicalization of large sections of the working class will take place not in the period of lowest economic conjuncture, but on the contrary, when there is a return to new activity, to a new upgrade.“
22. Wir sind aber der Meinung, dass aufgrund der Überlegenheit des politischen Faktors und der Dominanz der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie dieser Prozess in Österreich derzeit sehr unwahrscheinlich ist, wenn von Einzelphänomenen abgesehen wird.
23. Die Notwendigkeit einer vom ideologischen Einfluss der Bourgeoisie und ihrer Agenturen im Kleinbürgertum unabhängigen, klassenkämpferischen Strömung besteht daher in Österreich vor allem darin, einen Kaderstamm für die unausweichliche Konfrontation mit der Bourgeoisie in einer zugespitzteren Situation zu akkumulieren.

⁸ <http://derstandard.at/1293370731498/Rettungsfonds-Zahlenspiele-um-den-Euro-Schirm>

⁹ <http://www.derfunke.at/html/index.php?name=News&file=article&sid=820>

¹⁰ <http://www.marxists.org/archive/trotsky/1932/xx/economy.htm>

24. Auspressung der Arbeitskraft – der zentrale Hebel der Verbesserung des Standortes Österreich

25. Ähnlich wie in Deutschland verzeichnet Österreich im EU-Vergleich eine ziemlich gute wirtschaftliche Performance. In Deutschland ist mittlerweile klar nachgewiesen, dass der derzeitige Aufschwung einher geht mit massiven Verschlechterungen bei den Arbeitsbedingungen. Die aktuelle Erholungsphase der deutschen Wirtschaft mag Arbeitsplätze sichern, aber was für Arbeitsplätze? Die Prekarisierung der Lohnarbeit schreitet voran. Zeitarbeit und befristete Beschäftigung boomen. Die Zahl der Personen in „atypischen“ Beschäftigungsformen ist schon in den letzten zehn Jahren deutlich gestiegen. 1999 waren 19,7% aller ArbeitnehmerInnen in atypischen Beschäftigungsformen beschäftigt. Bis 2009 ist ihre Anzahl um 1,8 Millionen Personen auf 7,6 Millionen angestiegen. Der Anteil hat sich damit im Jahr 2009 auf 24,8% aller abhängig Beschäftigten erhöht. Mit Hartz IV wurde ein gewaltiger Niedriglohnsektor geschaffen, auf den die Wirtschaft im eigenen Land zurückgreifen kann.
26. In Österreich ist die Situation nicht viel anders. Das Schreckgespenst für alle GewerkschafterInnen ist längst das Phänomen der Leiharbeit, die auch hierzulande stark expandiert. Dieses Phänomen sahen wir schon im letzten Aufschwung, und zwar gerade auch in den Industriebetrieben (dort sind rund die Hälfte aller Leiharbeitsverhältnisse zu finden). Zu Beginn der Krise waren LeiharbeiterInnen zwar die ersten, die ihren Job verloren, noch bevor die Stammbesellschaften auf Kurzarbeit gestellt wurden. Auch in Österreich gingen aber trotz Kurzarbeitsregelung Zehntausende Jobs verloren. Die Arbeitslosigkeit erreichte die 400.000er-Marke. Sobald die Auftragslage wieder besser wurde, begannen die Unternehmen mit einem Austausch der Belegschaft. Ehemalige Beschäftigte, die mit einer Wiedereinstiegsgarantie in die Arbeitslose geschickt wurden, wurden nicht mehr eingestellt. Dafür wurden verstärkt LeiharbeiterInnen aufgenommen. Im Konflikt um den KV in der Metallindustrie wurde dies sehr deutlich. In vielen Betrieben machen die LeiharbeiterInnen längst mehr als 20-50 Prozent der Gesamtbelegschaft aus. Ganz abgesehen davon, dass die LeiharbeiterInnen selbst nichts anderes als eine moderne Form des Tagelöhnertums darstellen, der Willkür des Unternehmens massiv ausgesetzt sind, jederzeit wieder rausgeschmissen werden können und dementsprechend erpressbar sind, die flexibelste Form der Anpassung des Arbeitskräftebedarfs an das tatsächliche Produktionsniveau darstellen, werden die Belegschaften gespalten und Gewerkschaften und Betriebsräte stark geschwächt.
27. Ein weiteres Instrument zur Spaltung der Belegschaften lag im Durchsetzen unterschiedlicher KV in einem Unternehmen. Ein gutes Beispiel liefert das grafische Gewerbe, wo der KV in drei Bereiche aufgesplittert wurde. Aber auch im Postbereich sehen wir dies. Bei der Post AG wurde ein neuer, weit schlechterer KV für neue Beschäftigte durchgesetzt. Durch die Liberalisierung des Postdienstleistungsmarktes wurden die alten, geschützten Arbeitsbedingungen total aufgebrochen. In den privaten Unternehmen der Paketzustellung wird in vielen Bereichen nur mit Subunternehmen und Scheinselbständigkeit gearbeitet. Aber auch im Rahmen der Zustellung von Werbematerialien usw., wobei die großen Dienstleister der Post AG bzw. der niederländischen Post gehören, werden die meisten Arbeitskräfte als „Selbständige“ beschäftigt. Sofern die KV gelten, sind diese kaum geeignet, die Interessen der Beschäftigten zu sichern.
28. Vor allem junge ArbeitnehmerInnen schaffen in vielen Fällen nur noch über prekäre Beschäftigungsverhältnisse den Einstieg in den Arbeitsmarkt. Die hohe

Jugendarbeitslosigkeit erhöht massiv den Druck egal unter welchen Bedingungen auch immer einen Job anzunehmen. 12 % aller Erwerbstätigen (500.000 Menschen) sind bereits mit prekären Beschäftigungsverhältnissen angestellt. Bei Frauen, Migrantinnen und Jugendlichen ist der Prozentsatz noch höher. Hier entsteht ein neues Segment der „working poor“, die den Druck auch auf die Lohnabhängigen mit einem „Normalarbeitsverhältnis“ ständig hoch halten.

29. Durch die Wirtschaftskrise und ihre Folgen wird sich die Lage von Arbeitnehmerinnen weiter verschärfen. Anfangs traf die Krise vor allem Industrien, in denen Männer beschäftigt waren (Auto, Bauwirtschaft) und die oft auch gewerkschaftlich sehr gut organisiert sind. Die staatlichen Konjunkturpakete zielten vor allem auf eine Stabilisierung dieser aus Sicht der Bürgerlichen strategisch zentralen Sektoren ab. Mit der Ausweitung der Krise ging es jedoch auch etlichen Dienstleistungsunternehmen an den Kragen (wie die Handelskonzerne Arcandor mit Thomas Cook und Karstadt oder Quelle). Die Zahl der von Entlassungen betroffenen Arbeitnehmerinnen nahm in dieser Phase enorm zu. Der Staat sah bei diesen Sektoren keinen Grund mehr einzuspringen und ließ diese Unternehmen pleite gehen, wodurch tausende Jobs v.a. von Frauen verloren gingen. Die wirklich großen Angriffe zu Lasten proletarischer Frauen wird es aber erst im Zuge der Sanierung der Staatshaushalte geben. Dabei wird es vor allem zu Einsparungen bei öffentlichen Dienstleistungen (Kindergärten, Prekärbeschäftigtensektor öffentlicher Dienstleistungen), Nulllohnstunden und Stellenabbau im öffentlichen Dienst kommen. Dadurch werden überdurchschnittlich viele Frauen wieder für die Krise zahlen müssen – einerseits als Arbeitnehmerinnen und andererseits weil durch die Ausdünnung öffentlicher und sozialer Dienstleistungen vermehrt Reproduktionsarbeit in den privaten Bereich und somit großteils auf die Schultern von Frauen abgeladen wird. Dies wird jedoch dazu führen, dass Frauen in den kommenden Jahren eine wichtige Rolle im Klassenkampf spielen werden
30. Die Gewerkschaften haben in der Entwicklung der prekären Beschäftigungsverhältnisse und des Phänomens der „working poor“ längst die größte Herausforderung erkannt. Die Antworten sind aber mehr als handzahn. Sie versuchen auch diese Bereiche der ArbeiterInnenklasse zu organisieren und entsprechend einer sozialpartnerschaftlichen Logik zu vertreten. Die alten Mechanismen der Interessensvertretung über das Arbeitsrecht und Vereinbarungen auf Betriebsebene greifen angesichts des realen Kräfteverhältnisses aber kaum noch.

31. Bürgerliches Lager

32. Die alte Tante ÖVP

33. Die traditionelle bürgerliche Partei ist die ÖVP. Sie liefert der Bourgeoisie ideologische Hegemonie in der Gesellschaft und sichert so Mehrheiten bei Wahlen. Die wichtigste klassenübergreifende Identitätsstiftung ist die föderale Staatlichkeit (Österreich der Regionen und Bundesländer) sowie der Katholizismus. Die

bürgerliche Wahlklientel und Ideologiereserve muss auch finanziell bei Stange gehalten werden - und dies lässt man sich einiges kosten.

34. So erwirtschaften Bauern und Bäuerinnen 66 Prozent ihres Einkommens aus staatlichen Subventionen. Sie sind damit die am stärksten subventionierte Berufsgruppe und stellen auch die für die Allgemeinheit teuersten PensionistInnen (80 % staatlicher Zuschuss) dar. Die Erhöhung ihres steuerfreien Umsatzes auf 100.000 € jährlich (was im Bereich der Lohnabhängigen einer 30%igen Lohnsteuerreduktion gleichkommen würde), sowie die gesetzeswidrige Verschiebung der Erhöhung der Einheitswerte ihrer Grundstücke auf den Sankt Nimmerleinstag im Jahr 2015 sind die jüngsten Bemühungen um die wirtschaftliche Stabilisierung der BäuerInnenschaft.
35. Auch die Gewerbebetreibenden bekommen 50 Prozent ihrer Pensionszahlungen durch staatliche Zuschüsse und sind steuerrechtlich gegenüber ArbeitnehmerInnen bessergestellt. Zudem leistet sich die Republik auch hier einen regulierten Markt an dem zwei Jahrzehnte Deregulierung spurlos vorüber gegangen sind: von TrafikantInnen über ApothekerInnen, RauchfangkehrerInnen, niedergelassene ÄrztInnen bis hin zu Taxiunternehmen reicht die Spanne der Kleinbourgeoisie im geschützten Sektor.
36. Öffentlich Bedienstete wiederum zählen zu jenen Schichten am Arbeitsmarkt, die ihre Einkommenssituation im Vergleich zu den Lohnabhängigen im Privatbereich stabilisieren konnten. Während das Realeinkommen von Angestellten und ArbeiterInnen stagniert bzw. rückläufig ist (v.a. aufgrund der Zunahme von prekären Beschäftigungsverhältnissen und Teilzeit in der Privatwirtschaft), konnten öffentliche Bedienstete ihr Einkommen auch im vergangenen Jahrzehnt der Gegenreformen verbessern. Doch es muss uns bewusst sein, dass es in diesem Bereiche große soziale Unterschiede gibt zwischen Mitgliedern der oberen Ministerialbürokratie und der einfachen, schlechtbezahlten Kindergärtnerin.
37. Der ArbeitnehmerInnenflügel der ÖVP ist vor allem durch die Interessensvertretung der Beamtenschaft sowie von AkademikerInnen und leitenden Angestellten charakterisiert. Der ÖAAB hat nur in ländlichen Kleinbetrieben, unter Gemeinbediensteten etc. eine etwas breitere Basis in der ArbeiterInnenklasse, die hier jedoch politisch völlig marginalisiert ist. Eine Massenbasis hatte die christliche ArbeiterInnenbewegung nur in Sektoren, die durch den Strukturwandel praktisch verschwunden sind: die TextilarbeiterInnen und LandarbeiterInnen.
38. In Zeiten heftiger sozialer und ideologischer Erschütterung kann die Beamtenschaft aus ihrer konservativen Standesideologie gerissen werden. Die Zustimmung der SDAPÖ zur Genfer Sanierung und der damit verbundenen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und Entlassungen im öffentlichen Dienst im Jahr 1922 hat verhindert, dass die ArbeiterInnenbewegung hier breit Fuß fassen könnte.
39. Die Struktur des österreichischen Staatsapparates gilt der österreichischen Bourgeoisie heute als ineffizient und verschwenderisch. Daher der Ruf nach einer Verwaltungsreform. Dies beinhaltet die Abschaffung von einer oder mehreren Ebenen der Verwaltung (Gemeinde – Bezirk – Land – Bund), wird aber auch als Zurechtstutzen von Gesundheitswesen, öffentlichem Verkehr, Infrastruktur etc. verstanden. Was die Bundesstaatsstruktur betrifft, gibt es einen Gegensatz von Bourgeoisie und ihrem politischen Arm auf der einen und deren Massenbasis auf der anderen Seite. Einerseits ist die Beamtenschaft ideologisch eng mit der österreichischen Staatlichkeit und der ÖVP verknüpft, andererseits ist die Hoheit von BürgermeisterInnen und Landtagen über Förderungen, Infrastrukturplanung etc. wiederum die Quelle von Einfluss, lokaler Elitenbildung und Korruption. Reformen sind hier schwer durchsetzbar.

40. In der Realpolitik werden unter dem Titel der „Verwaltungsreform“ im Bereich der Daseinsvorsorge die wichtigsten Schnitte erfolgen. Auch hier gibt die Industriellenvereinigung die Stossrichtung vor: Es geht um den Abbau von „ineffizienten Parallelstrukturen“, wobei „als typische Optimierungsfelder z.B. Amtsgebäude, Pflichtschulen und Kindergärten, Bauhöfe und Abfallzentren oder Kultur- und Freizeiteinrichtungen“ genannt werden. Hinzufügen kann man hier noch die ÖBB, sowie den kommunalen öffentlichen Verkehr, über dessen Unfinanzierbarkeit man bald wieder einiges hören wird können.
41. Ein zentrales Anliegen für KapitalvertreterInnen ist die Reform des Bildungssystems. Die österreichische Bourgeoisie war immer sehr staats- und standesorientiert und grenzte sich von anderen Klassen (sowohl dem Adel als auch der ArbeiterInnenklasse) insbesondere durch höhere Bildung und elegantere Kultur ab. Daher die „verzopfte“ Bildungspolitik der ÖVP.
42. Die bewusste Besserstellung der eigenen Nachkommenschaft durch soziale Selektion steht im Gegensatz zu den Bedürfnissen einer modernen Ökonomie, die nach gebildeten Facharbeitskräften verlangt. In der Ära Kreisky wurden hier wichtige Verbesserungen geschaffen („Durchlässigkeit des Schulsystems, Universitätsoffensive), die allerdings schon seit den 1990ern sukzessive zurückgenommen werden. Dass es Kräfte in der ÖVP gibt, die vor diese Zeit zurück wollen, zeigt wie tief das Standesdenken in dieser Partei noch verwurzelt ist.
43. Die Kavallerie der Bourgeoisie - die IV – bläst nun, unterstützt von der bürgerlichen Journaille, zum Angriff auf diese Hintergärten konservativer Massenbasis, indem sie zum Mittel des Plebiszites greifen. Mit Androsch und Raidl werden zwei großindustrielle Politpensionisten aufgebracht, die mit Hilfe von willfährigen Medien und mit saftiger Finanzierung aus den Töpfen der Industriellen Österreich vom 19. ins 21. Jahrhundert drängen wollen, quasi einen Beipass um ihre eigene traditionelle Partei ÖVP legend.
44. Dies ist kein tiefer Konflikt des Bürgerlichen Lagers, es handelt sich vielmehr um einen Taschenspielertrick, um die eigene Massenbasis kurz an die Wand zu spielen. Sind einige zentrale Reformen eingeleitet, wird die Medienlandschaft wieder positiv über die ÖVP berichten, um ein zu tiefes Absinken ihrer traditionellen Partei in der WählerInnengunst zu verhindern.
45. Wenn die Reformprojekte hier auf dem Weg sind, wird sich das Blatt gegen die SPÖ wenden und man wird wieder die „Unfinanzierbarkeit der Pensionen, des Gesundheitssystems“ und die Liberalisierung des Arbeitsmarktes als zentrale Projekte für den Erhalt des „Standorts Österreichs“ in den Mittelpunkt stellen. Ob und in welcher Form hier neue zentrale Gegenreformen durchgesetzt werden, hängt in erster Linie davon ab, wie lange die Gewerkschaftsführung ihr Doppelspiel aufrechterhalten kann, bzw. wie dringlich die Reformen für die Bourgeoisie angesichts einer neuen Zuspitzung der wirtschaftlichen Situation sein werden. In letzter Instanz ist die wirtschaftliche Entwicklung das entscheidende Kriterium für alle sozialen und politischen Beziehungen in einer Gesellschaft.
46. Wenn auch Bruno Kreisky der beliebteste Bundeskanzler Österreichs Geschichte ist, so kann man von Wolfgang Schüssel gut und gern behaupten, dass er einer der mutigsten und intelligentesten war. Selbst ein sozialpartnerschaftlicher Funktionär, erkannte er die Zeichen der Zeit und räumte diese, bis dahin indentitätsstiftende institutionelle Klassenzusammenarbeit aus dem Weg und brachte für das österreichische Kapital wichtige Gegenreformen auf den Weg. Dabei drängte er auch im eigenen Lager sozialpartnerschaftlich oder großkoalitionär ausgerichtete Teile der Partei an den Rand. Weder Molterer noch Pröll noch der neue ÖVP-Obmann Spindelegger können Schüssel das Wasser reichen. Spindelegger und seine Leute

könnten von der ArbeiterInnenbewegung - sofern sie eine von den Bürgerlichen unterschiedliche Vision der gesellschaftlichen Entwicklung hätte – leicht an die Wand gespielt werden. Dies ist jedoch nicht der Fall, und der Eindruck dass die Kraft dieser Regierung in ihrem institutionellen Eigengewicht (dem Verwalten und Genießen von Posten) liegt, ist Teil einer tiefen Malaise der heutigen österreichischen Gesellschaft.

47. Es ist aber zu beachten, dass die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung des Kapitalismus in den letzten Jahrzehnten den Bürgerlichen weltweit – und so auch in Österreich – von ihrem Klassenstandpunkt aus betrachtet zwei Aufgaben aufgibt: Die gesteigerte Auspressung der Arbeitskraft und die weitgehende Beseitigung der staatlichen sozialen Leistungen.
48. So haben sich die weitsichtigsten Bürgerlichen in Österreich, bzw. die GroßunternehmerInnen, bzw. die Industriellen-Vereinigung schon des längeren von der Strategie der Sozialpartnerschaft verabschiedet – zumindest in theoretischer Hinsicht. Sie sehen radikale Angriffe auf die ArbeiterInnenklasse ohne die Einbindung der Bürokratie der ArbeiterInnenorganisationen als unausweichlich an.
49. Die österreichischen Bürgerlichen haben aber „nur“ das Problem, dass sie diese Erkenntnis bisher erst ein Mal in die Praxis umsetzen konnten – und sich dabei ein blaues Auge holten. Denn die radikalen Angriffe der Schlüsselregierung mussten durch die Streikbewegung im Jahre 2003 um einiges abgeschwächt werden, obwohl die ArbeiterInnenklasse durch ihre eigene Führung weitgehend gelähmt war. Die ÖGB-Bürokratie mobilisierte die eigene Basis in erster Linie nur zur Verteidigung der „Sozialpartnerschaft“, d.h. ihr Recht den Sozialabbau mitzuverwalten. Dass bei dieser Sozialpartnerschaft für die ArbeiterInnenklasse keine Verbesserungen des Lebensstandards rausschauen, ändert nichts an der Tatsache, dass dieser Prozess aus der Sicht der Bürgerlichen viel zu viel „Abwärme“ erzeugt, einerseits durch die klein(st)en Zugeständnisse, andererseits durch die Abschwächung oder gar das Ausbleiben zentraler Angriffe.
50. Deshalb erhofften sich die Bürgerlichen durch die Wahl im Jahre 2006 neuen Rückenwind, mussten aber stattdessen eine Wahlniederlage hinnehmen. Sie hatten die Mobilisierungskraft der SPÖ rund um soziale Themen unterschätzt. Da das Abrücken von der Demokratie für die Bürgerlichen momentan keine mögliche Option darstellt, hatte sich die ÖVP der Wahlarithmetik zu beugen. Sie ging eine Koalition mit der SPÖ ein, mit dem Ziel, diese zu zerstören. Wenn die SPÖ die Politik der Bürgerblockregierung fortsetzt – so das Kalkül der ÖVP – dann wird sie sich vor ihren AnhängerInnen derart diskreditieren, dass sie bei der nächsten Wahl zermalmt wird. Dies war das Programm der Molterer-Regierung von 2006-2008. Der Kreis um Schlüssel hatte die Zügel noch fest in der Hand. Darum kündigte Molterer auch bei der erstbesten Gelegenheit (EU-Briefe der SPÖ an die Kronenzeitung) die Koalition auf. Doch abermals hatten die Bürgerlichen die Flexibilität der SPÖ unterschätzt. Sie kann ihre Konturen sehr flexibel nach links verändern, droht ein allzu großer Verlust des Vertrauens der Parteibasis. Das Faymannsche 5-Punkte-Programm gegen die Teuerung mobilisierte die sozialdemokratischen Kernschichten wieder und verhalf der SPÖ zu einem neuerlichen Wahlsieg.
51. Nun mussten sich die Bürgerlichen endgültig eingestehen, dass ihre Strategie nicht aufging. Sie befinden sich daher momentan in einer Phase des Innehaltens und Zögerns. Wenn momentan kein Weg an der SPÖ vorbeiführt, dann muss eben die SPÖ

wieder zur besten Agentin bürgerlicher Politik werden. Diese Rolle spielt die SPÖ ja tatsächlich auch seit dem Antritt der Faymann-Regierung mit großer Meisterschaft. Die Bewältigung der Wirtschaftskrise unter Einbindung der organisierten Gewerkschaftsbewegung über den Hebel Hundstorfer lieferte weitere Argumente für die Aufrechterhaltung der großen Koalition und der Sozialpartnerschaft. So blieb die ArbeiterInnenklasse in einer existentiellen Stunde des Kapitalismus ruhig – kein unerheblicher Erfolg österreichischer bürgerlicher Politik.

52. Freilich kostete sowohl die Rettung des Kapitalismus (Banken und Konjunkturpakete) als auch die Ruhigstellung der ArbeiterInnenklasse (vor allem: Kurzarbeit) viel Geld, die Staatsschulden stiegen. Dieses Geld wollen/müssen sich die Bürgerlichen über eine völlige Demontage des Sozialstaats wieder zurückholen. Das wird wahrscheinlich in einer Koalition mit der SPÖ nicht möglich sein. Außerdem liefert die innere Instabilität der SPÖ regelmäßig Stoff für Nervosität. Zwar ist auf die Führung der SPÖ sicherlich 100%ig Verlass, doch diese Führung ist stets darauf angewiesen, ihre Parteibasis bei Laune zu halten, die Parteibasis bei Laune zu halten. Dies erklärt den Schwenk der SPÖ in der Frage der Vermögensbesteuerung auf dem Parteitag in Vösendorf. Zwar stellen die im Budget vereinbarten steuerlichen Maßnahmen in punkto Vermögen, Unternehmen und Stiftungen nur Nadelstiche dar, doch auch Nadelstiche sind unangenehm. Außerdem ist aus der Sicht der Bourgeoisie niemals abzuschätzen, zu welchen Linksschwenks die SPÖ-Parteiführung noch gezwungen sein wird. Kurzum: die Bürgerlichen suchen natürlich mit aller Anstrengung nach einem Ausweg aus der momentanen Lage und streben eine Rückkehr zu einem Bürgerblock an.
53. Doch bis zur regulären Wahl im Jahr 2013 scheint diese Rückkehr ausgeschlossen zu sein, vorausgesetzt, die relativ günstige wirtschaftliche Situation bleibt bis dahin bestehen. Denn die politische Hauptorganisation der Bürgerlichen – die ÖVP - bietet einen denkbar jämmerlichen Zustand. Es hilft nichts, wenn in der Koalition im Wesentlichen die Politik der ÖVP umgesetzt wird, wenn nicht auch die soziale Basis der ÖVP dies goutiert. Und dies tut sie nur bedingt, wie die letzten Landtagswahlen und die momentanen Umfragewerte beweisen. Daher versucht die ÖVP, teils durch das Festhalten an identitätsstiftender Ideologie (Stichwort: Bildungsreform – gegen die Gesamtschule), teils durch reine Profilierungsversuche (Stichwort: Heeresreform) und vor allem durch den klassenübergreifenden Rassismus (Stichwort: Asylpolitik) ihre soziale Basis bei der Stange zu halten. Doch auf den relativen Nebenschauplätzen Heeres- und Bildungsreform hat sich schon die SPÖ als die bessere bürgerliche Partei positioniert – sie hat in beiden Punkten die Industriellenvereinigung und die Umfragedaten hinter sich. Und in punkto Rassismus ist festzustellen, dass dieser vor allem der Chaos-Partei des Bürgertums zum Aufstieg verhilft, der FPÖ.
54. Zwar ist das Umfragehoch der FPÖ momentan der einzige Trost der Bourgeoisie, bietet doch eine starke FPÖ die Möglichkeit, zum Bürgerblock zurückzukehren. Doch die Bürgerlichen wollen in einem Bürgerblock die FPÖ nur in der Juniorpartnerrolle sehen. Zu unkalkulierbar sind die Instabilitäten innerhalb der FPÖ. Dies lehrt die Erfahrung aus den Jahren 2000-2002. Die FPÖ kann in Regierungsverantwortung jederzeit wieder zum großen Unsicherheitsfaktor werden.
55. Daher wird die ÖVP nur dann eine vorzeitige Wahl vom Zaun brechen, wenn sie sich eines fulminanten Wahlsiegs sicher ist oder plötzliche Ereignisse ungeahnte Angriffe auf die ArbeiterInnenklasse erfordern, die die SPÖ nicht mehr mittragen kann. Beide

Varianten scheinen aus heutiger Sicht für eine Perspektive nicht zulässig. Darum ist es am wahrscheinlichsten, dass die ÖVP in der kommenden Periode die große Koalition fortsetzen will. Sie wird weiterhin versuchen, mit der Einbindung der SPÖ Angriffe auf die ArbeiterInnenklasse und den Sozialstaat zu fahren. Doch tendenziell wird sie darauf acht geben, dass diese Angriffe nicht zur Auflösung der Koalition führen. Freilich bleibt die Basis der SPÖ der große Unsicherheitsfaktor.

56. Das Dritte Lager

57. Während die ÖVP die Tradition der österreichischen Bürgerlichen verkörpert und weiter das wichtigste (weil verlässlichste und erprobte) politische Instrument der Bourgeoisie ist, erfüllt die FPÖ die Rolle der Spaltung der ArbeiterInnenklasse, was ihr perfekt gelingt.
58. Die Wahl der Mittel ist dabei ein offen vorgetragener Rassismus. Dies funktioniert deshalb so gut, weil die ArbeiterInnenklasse politisch völlig gelähmt ist. Wir halten hier fest: Rassismus in der ArbeiterInnenklasse und unter Armen ist keine naturgemäße Erscheinung, sondern „der Seufzer einer geknechteten Kreatur“. Sobald die ArbeiterInnenklasse (oder Teile von ihr) sich in einem klar definierten Kampf mit dem Kapital befindet, findet der Rassismus in der ArbeiterInnenklasse keinen fruchtbaren Boden. In Österreich ist genau dies nicht der Fall. Wirtschaftliche und politische Fragen werden von allen Parteien nur unter der Frage des Standortes Österreich diskutiert, die bürokratischen Apparate in der Gewerkschaft haben bisher auch nur einen einzigen erfolgreichen Teilkampf verunmöglicht. Dies sind Laborbedingungen für das Wachsen rassistischer Vorurteile und Erklärungsmuster.
59. Die FPÖ versteht es perfekt, dieses Klavier zu spielen und an den Wahlurnen eine massive politische Zustimmung zu erzeugen. In Umfragen liegt die FPÖ bereits gleichauf mit ÖVP und SPÖ bei etwa 25 Prozent Wähleranteil. Auffallend ist die besonders hohe Wahlunterstützung bei den unterdreißigjährigen (hps. männlichen) FacharbeiterInnen und generell in klassischen ArbeiterInnenbezirken und -städten. Wir halten es jedoch für wichtig darauf hinzuweisen, dass sich diese Wahlanteile nicht im Strukturwachstum oder einer soziologischen Veränderung der Partei widerspiegelt.
60. Die FPÖ ist heute rechter als im Jahr 2000 aufgestellt. Wir erinnern uns daran, dass Klestil im Jahr 2000 Thomas Prinzhorn wegen seiner Rechtslastigkeit als dritten Nationalratspräsidenten ablehnte. Das Spektrum der FPÖ-FunktionärInnen hat sich in den letzten Jahren derartig nach rechts verschoben, dass Prinzhorn in einer solchen Runde als Ehrenmann auffallen würde. Von den Bezirksvertretungen über die Landtage bis ins Parlament haben rechtsradikale Burschenschaftler das Sagen. Ein stramm rechter Jugendverband (was nicht zuletzt das Resultat erfolgreicher entristischer Arbeit durch den nazistischen BFJ ist) komplementiert die Personalreserve.
61. Dieser personelle Rechtsruck ist das Resultat der Erfahrungen in der schwarz-blauen Regierung und der darauffolgenden Parteispaltung. Schüssels „Zähmung“ der FPÖ bestand darin, auf den korrumpierenden Charakter der ministeriellen Futtertröge zu vertrauen. In einer Zeit der Privatisierungen und Rüstungsmegageschäften (Eurofighter) dürfte er Haiders geschichtslose Buberlpartie mit der Lizenz zur Selbstbereicherung ausgestattet haben. Die Scheibners, Westenthalers, Grassers etc. ließen diese Chance nicht aus.
62. In Kombination mit einem abrupten Erwachen der „geknechteten (und getäuschten) Kreatur“ hat dies zu einer massiven Parteikrise und Spaltung geführt. Strache baute seine neuen Parteistrukturen auf den Seilschaften der Burschenschaften auf.

63. Mit Slogans wie „Mit Strache wird nicht alles anders, sondern vieles besser“ versucht die FPÖ ihre Regierungsfähigkeit zu unterstreichen. Wir können jedoch heute bereits sagen, dass sich bei einer neuerlichen Regierungsbeteiligung ähnliche Prozesse wie ab 2000 abspielen werden. Die FPÖ wird massiv an WählerInnenzuspruch verlieren, die ArbeiterInnenbewegung wird sich wiederbeleben. Daher die Vorsicht von Seiten der ÖVP und selbst der FPÖ was mögliche Koalitionen betreffen.
64. Eine Koalition zwischen SPÖ und FPÖ halten wir, aufgrund der zu erwartenden Widerstände in der SPÖ, für weiterhin unmöglich. MarxistInnen plädieren jedoch weiterhin für den Bruch der Koalition und eine SPÖ-Minderheitsregierung mit Unterstützung der mobilisierten Gewerkschaftsbewegungen. Die Ablehnung von Koalitionen mit bürgerlichen Parteien ist keinesfalls gleichbedeutend mit dem Verzicht auf das Erkämpfen von parlamentarischen Mehrheiten.
65. Aufgrund dieser Analyse lehnen wir hysterische Kommentare, wie rechts Österreich sei, etc. ab. Der Wiederaufstieg der FPÖ ist – genauso wie Rassismus – das Resultat der Schwäche der ArbeiterInnenklasse, die über ihre Führungen über tausende Fäden ans herrschende System angebunden ist. Konkret: die Stärke der FPÖ liegt in der Schwäche der ArbeiterInnenbewegung. Die ArbeiterInnenbewegung wiederum liegt am Boden, ist aber alles andere als besiegt. Reaktion als stabiles Phänomen verlangt aber einen entscheidenden Sieg gegenüber der ArbeiterInnenbewegung.

66. Ideologische Krise

67. Die Krise der Kirche begleitet uns seit Jahren, nimmt aber immer dynamischere Züge an und ist daher wert, einer Analyse unterzogen zu werden. Wie bereits erwähnt, ist der katholische Glaube Teil der klassenübergreifenden Ideologie. Die tiefe Krise dieser alterwürdigen Institution, die immer eng an die österreichische Staatlichkeit gebunden war, raubt den Bürgerlichen eine wichtige ideologische Waffe, die sie in Umbruchzeiten gegen die ArbeiterInnenklasse, insbesondere ihre rückständigen Schichten, zum Einsatz gebracht hat.
68. 90.000 Kirchenaustritte im Jahr 2010 stellen die größte freiwillige Austrittswelle in der jüngeren Geschichte dieser Institution dar. Die Kirche ist ob des massiven Vertrauensverlustes, den sie erlitten hat, gespalten, wobei die Hierarchie der Kirche immer deutlicher auf vermehrte Spiritualität (im Gegensatz zum Konzept Volkskirche) setzt. Spiritualität bedeutet, reale Probleme der Menschen nur mit Glaubensfragen zu beantworten. In der Geschichte der Kirche ging Spiritualität immer mit einer zunehmenden Macht des oberen Klerus einher und war oft die Antwort auf soziale Bewegungen. Bischof Schönborn bezeichnet dies als „Entwicklung zur Bekenntniskirche“.
69. Dieser Niedergang wird von MarxistInnen positiv beurteilt, wobei in Abwesenheit einer Ideologie des Klassenstandpunktes das Feld reaktionärer Ideologien durch den Rassismus aufgefüllt wird. Antiislamismus und Asylmissbrauchsdebatten sind heute eine wichtige ideologische Waffe zur Verschleierung von Klasseninteressen und zur Herstellung einer klassenübergreifenden Ideologie. Dieser Rassismus, der auf unhaltbare biologistische Zuschreibungen größtenteils verzichtet, dafür aber kulturalistische und religiöse Motive in den Mittelpunkt der Argumentation rückt, ist eine scharfe Waffe für die Bürgerlichen. Es wird auf laizistische, antiterroristische und auch auf Argumente der Frauenemanzipation Bezug genommen, und als Ganzes mit der Rettung des Sozialsystems in Verbindung gebracht. Die ArbeiterInnenbewegung ist auf dieser Flanke ideologisch völlig wehrlos und permanent in der Defensive. Der Grund dafür ist klar: Diese Argumente sind nur widerlegbar, wenn man gleichzeitig

die Idee der Nation Österreich, des Wirtschaftsstandortes etc. über Bord wirft und konsequent in Theorie und Praxis für die Einheit der Lohnabhängigen eintritt.

70. Ein Schlaglicht auf die österreichische Innenpolitik im Jänner 2011 genügt, um die allgemeine politische Apathie zu erklären: die SPÖ-Spitze macht eine Kehrtwendung um 180 Grad gegen den „Zwangsdienst Bundesheer“ und verschleiert, dass ein Berufsheer mindestens 20 Prozent teurer ist. Die ÖVP macht eine weitere unerklärliche Kehrtwendung und spricht sich für die Beibehaltung des Wehrdienstes aus. Jeden Tag wird die Öffentlichkeit mit neuen Justizskandalen konfrontiert. Der ehemalige Finanzminister taucht jede Woche in einem neuen Wirtschaftsskandal auf. Die Wiener Polizei untersagt eine antifaschistische Demo und bereitet sich präzise auf den Showdown gegen die radikale Linke vor. Zum fünften Mal fordert der dritte Wissenschaftsminister Studiengebühren. Entgegen jeglichem besseren Wissen sollen 14-jährige Jugendliche in Zukunft einer Zwischenmatura unterzogen werden.
71. Die Erschütterung des Vertrauens in die Institutionen der Republik, insbesondere der Justiz, die Trostlosigkeit der Politik (FunktionärInnen der beiden ehemaligen Großparteien haben nur ein Argument, warum man ihre Partei wählen soll: mit einer anderen Partei an der Spitze wäre die Situation noch schlimmer), eine von Charakterlosigkeit bis zur offenen Dummheit aufgefächerte politische Elite, können und werden zukünftige soziale Bewegungen mit zusätzlichem Zorn anstacheln.

72. Von der Krise der Wirtschaft zu einer Krise der Demokratie

73. Die billigste und beste Form der Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft ist die Demokratie. Eine zentrale Rolle, gerade in Zeiten gesellschaftlicher Krisen, hat hier die Bürokratie der Organisationen der ArbeiterInnenklasse. Ihre Einbindung in den Staatsapparat und ihre Zustimmung zu den Erfordernissen des Kapitals sind die einfachste Form der Interessensdurchsetzung der herrschenden Klasse. Die organische Verbindung der Bürokratien mit der ArbeiterInnenklasse ermöglichte es, gesellschaftliche Konflikte in den Organisationen der ArbeiterInnenklasse austragen zu lassen. Das Fehlen von demokratischen Strukturen und Traditionen in diesen Organisationen ist damit einerseits Beweis, andererseits Voraussetzung für die Existenz unterschiedlicher Klasseninteressen in diesen Organisationen.
74. Bisher hat sich diese Politik für die europäische Bourgeoisie bezahlt gemacht. Die Angriffe auf den Lebensstandard wie in Griechenland (20-30 % Lohnkürzung,...) oder die Militarisierung der Arbeit an spanischen Flughäfen ließe sich von bürgerlichen Parteien viel schwerer durchsetzen. Allerdings hat diese Politik seine Limits. Diese liegen darin, dass die ArbeiterInnenklasse, wenn sie auch führerlos in dem Sinne ist, dass ihre Führung das Programm der Bürgerlichen übernommen hat, Gegenreformen nicht länger akzeptiert. Konflikte bis hin zu Spaltungen, dem Entstehen von klassenkämpferischen Flügeln und Strömungen (sprich: alternativen Parteiführungen), der Verlust von sozialer Basis und Wahlunterstützung sind die Folgen eines Reformismus der Gegenreformen.
75. Die Bürgerlichen werden aufgrund der historischen Erfahrungen und der zu erwartenden gewaltigen Aufständen der ArbeiterInnenklasse sehr vorsichtig mit dem Thema Demokratie umgehen. Dennoch können wir festhalten, dass hier bereits heute gedehnt und gezerrt wird. Es genügt die Feststellung, dass alle österreichischen Parteien unisono Wahlen als politischen Störfaktor sehen. Daher die Ausdehnung der Legislaturperiode und der politische Wille, möglichst alle Wahlen auf einen Termin zu beschränken, um dann fünf Jahre ungestört arbeiten zu können. Diese Haltung allein sagt bereits viel über das Selbstbild einer gesellschaftlichen Kaste aus.

76. Vordenkerin ist auch in dieser Frage die IV: „Eine solche budgetäre Stabilisierung des Gesamtstaates erfordert neue politische Wege, welche nicht durch kurzfristige Politikmaßnahmen dauerhaft gefährdet werden dürfen. Österreich sollte daher dem Beispiel Deutschland folgen und per Verfassungsgesetz und gemeinsam mit den Bundesländern Stabilitätsziele des öffentlichen Haushalts verankern.“¹¹
77. Angriffe auf den Lebensstandard der ArbeiterInnenklasse sollen hier also zur Staatsräson erhoben werden. Wilhelm Molterer stößt in ein ähnliches Horn, wenn er öffentlich zu Protokoll gibt, dass die EZB die einzige Institution in Europa sei, der eine erfolgreiche Krisenbekämpfung zuzutrauen sei. Die EZB-Führung wird auch von den wichtigsten europäischen Regierungen besetzt und entzieht sich in ihrer Konstruktion dabei jeder formellen politischen Kontrolle.
78. Wir schließen für absehbare Zeit eine Entsorgung der Demokratie in den europäischen Kernländern aus. Auf der Tagesordnung stehen jedoch Versuche, die Exekutivgewalt der Regierungen und Staatsapparate zuungunsten demokratischer Rechte zu stärken. Nicht irrelevant ist dabei, auf die unterliegenden Prozesse in der Bourgeoisie zu verweisen: so denkt und handelt nur jemand, der sich seiner historischen Rolle und privilegierten Situation unsicher geworden ist.

79. Die Rolle der Sozialdemokratie

80. In einer Reihe von EU-Staaten spielt die Sozialdemokratie als Regierungspartei eine zentrale Rolle bei der Bewältigung und Verwaltung der kapitalistischen Krise. In Griechenland, Spanien und Portugal sind sozialdemokratische Regierungen verantwortlich für die Umsetzung brutaler Sparpakete. In diesen Ländern ist die Sozialdemokratie die offene Agentin des Finanzkapitals. Doch auch in allen anderen Ländern, auch dort wo sie in Opposition ist, sieht sie ihre ureigenste Aufgabe als Arzt am Krankenbett des Kapitalismus. Ihr Widerstand gegen Sparpakete beschränkt sich dann rein auf den Versuch, im Rahmen des parlamentarischen Spiels politisches Kleingeld herauszuschlagen. In Österreich, wo sich die SPÖ in einer Großen Koalition befindet, wird diese Rolle ebenfalls offensichtlich.
81. Das Denken und Handeln der Sozialdemokratie spielt sich rein in den Grenzen der bürgerlichen Demokratie ab, wobei sie wie im Fall von Griechenland durchaus bereit ist – wenn dies aus der Sicht des Finanzkapitals notwendig erscheint – selbst die Spielregeln des Parlamentarismus links liegen zu lassen. Je schärfer die Krise, desto offener tritt der wahre Charakter der bürgerlichen Demokratie als Diktatur der „Märkte“, d.h. des Finanzkapitals, zutage. Und die Sozialdemokratie akzeptiert deren Logik über alles.
82. Viele in der Linken führen dies auf die „Neoliberalisierung“ der internationalen Sozialdemokratie zurück. Es stimmt, dass der politische Rechtsruck und die Verbürgerlichungstendenzen der Sozialdemokratie in den vergangenen beiden Jahrzehnten ein ungeahntes Ausmaß erreicht haben. Im Grunde nimmt die Sozialdemokratie aber spätestens seit 1914 diese Rolle als systemerhaltende Kraft ein.
83. Diese Tatsache lässt sich nur verstehen, wenn theoretische Klarheit über den sozialen Charakter der Sozialdemokratie herrscht. Die dominante Kraft in der Sozialdemokratie stellt eine Bürokratie dar, die auf das Engste mit dem bürgerlichen Staatsapparat und dem Finanzkapital verbunden ist. Die ArbeiterInnenklasse wurde mit der Festigung dieser Bürokratie, die anfangs aus der ArbeiterInnenbewegung entstand, sich aber im Zuge der Zeit über diese erhob und ein dementsprechendes politisches Eigenleben entwickelte, in ihren eigenen Organisationen politisch entmachtet.

¹¹ <http://activepaper.tele.net/vntipps/Budgetsanierung.pdf>

84. Die Reproduktion der Bürokratie hat in den vergangenen Jahrzehnten einen Wandel durchgemacht. Zu einem immer geringeren Teil holt sie ihren Nachwuchs aus den unmittelbaren Organisationen der Klasse (Gewerkschaften, sozialistische Jugendorganisationen), sondern direkt aus dem Staatsapparat oder Netzwerken rund um ihre Machtzentren. Wo sie auf Kräfte aus den Jugendorganisationen zurückgreift, geht dem meist eine politische Disziplinierung derselben voran.
85. Die politische Basis der Sozialdemokratie ist in den vergangenen Jahrzehnten massiv zusammengeschrumpft. Dies gilt auch für Österreich, wo die SPÖ bis in die 1980er Jahre über ein sehr engmaschiges Organisationsnetz verfügte. Die Zahl der Mitglieder ist stark rückläufig, viele der traditionellen Massenorganisationen sind völlig ausgedünnt. Sektionen und Ortsparteien sind abgesehen von den PensionistInnen oft nicht mehr als ein kleiner Kreis von FunktionärInnen, die über Gemeinderäte, Bezirksräte usw. direkt in das System eingebunden sind. Basisstrukturen haben nur den Charakter eines Wahlvereins, sonstige Aktivitäten beschränken sich auf karitative Arbeit oder das Organisieren von Festen, die letztlich alle auf den nächsten Wahlkampf ausgerichtet sind. Das niedrige Klassenkampf-niveau und die damit verbundene fehlende politische Aktivität der Klasse ist die Ursache für diese Entwicklung. Mangels Druck von der eigenen sozialen Basis war die sozialdemokratische Bürokratie umso empfänglicher für den Druck der herrschenden Klasse.
86. Trotz ihrer bürgerlichen Politik behält die Sozialdemokratie aus marxistischer Sicht ihren Charakter als traditionelle Organisation der ArbeiterInnenklasse. Dies ist vor allem auf ihre organische Verbindung zur Gewerkschaftsbewegung zurückzuführen, die auf allen Ebenen weiter besteht. Gerade im Zuge der Krisenverwaltung war die SPÖ-Spitze wieder auf eine verstärkte Einbindung der FSG-Spitze bedacht. Die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie gibt sich aber weitgehend mit diesem neuerlichen Zuwachs an Einflussmöglichkeiten in der Partei zufrieden. Sie erhebt keinesfalls den Anspruch, die Sozialdemokratie führen zu wollen. Sie gibt sich damit zufrieden, dass einige ihrer Kernthemen (Stichwort Verteilungsgerechtigkeit) offizielle Parteilinie sind. Unzählige BetriebsrätInnen und GewerkschafterInnen fühlen sich zwar der Sozialdemokratie (bei aller Kritik an ihrer gegenwärtigen Politik) verbunden und sind auch formal Mitglied in Sektionen und Ortsparteien, spielen dort aber nur in den seltensten Fällen eine zentrale Rolle. Ausnahmen sind einige wenige BürokratInnen, die über die Aktivität in der Partei ihre Karriereambitionen durch ein zweites Standbein absichern wollen. Gerade die ehrlichen, kämpferischen GewerkschafterInnen sehen sich aber gezwungen, sich auf ihre Tätigkeit in Betrieb und Gewerkschaft zu konzentrieren und kommen dort auch nicht selten in Konflikt mit der Sozialdemokratie, wo sie in Staat oder Unternehmen eine führende Funktion einnimmt.
87. Dieser Ist-Zustand sollte uns aber nicht zu falschen Schlüssen verleiten. Erstens verfügt die Sozialdemokratie bei allem Rechtsruck und offen bürgerlicher Politik noch immer über ein großes soziales Reservoir in der Gesellschaft und v.a. in der ArbeiterInnenklasse. Eine genauere Analyse der Politik der letzten 10 Jahre gibt uns eine Reihe von Beweisen für diese These in die Hand. Auf der Wahlebene materialisiert sich dies wann immer die ArbeiterInnenklasse ein Werkzeug benötigt, um die rechten und bürgerlichen Parteien klein zu halten bzw. wenn die SPÖ-Führung auch nur geringfügige soziale Reformen verspricht oder durchsetzt, wie dies in den letzten beiden NR-Wahlkämpfen der Fall war. Sobald es eine reale Bewegung der Klasse gibt, führt dies auch zu einem Zuwachs an AktivistInnen, wie dies 2000 oder 2003 der Fall war. Diese Erfahrungen sind aber nur ein kleiner Vorgeschmack von dem, was in Zukunft unter dem Eindruck großer Klassenkämpfe passieren wird.

88. Der beschriebene widersprüchliche Charakter der Sozialdemokratie und die Krise des Reformismus, die nichts anderes als ein Ausdruck der Krise des Kapitalismus ist, führt regelmäßig zu innerorganisatorischen Differenzierungsprozessen und Krisen in der SPÖ. Wahlniederlagen oder drohende Wahlniederlagen, die das direkte Ergebnis einer offen bürgerlichen Politik der Bundesparteiführung sind, beförderten in den letzten Jahren ständig diese Prozesse. Solange die Klasse nicht aktiv die politische Bühne betritt, passiert dies über sehr vermittelte Kanäle. Die Unzufriedenheit, die sich an der Basis akkumuliert, wird an die direkt nächste Ebene weitergegeben und nötigenfalls dann von Teilen der Bürokratie aufgenommen und – nicht zuletzt aus eigenen Interessen heraus – öffentlich gemacht. Das sahen wir schon nach den NR-Wahlen 1999 als der FSG-Vorsitzende eine Große Koalition verhinderte und das sahen wir in den vergangenen 2-3 Jahren in einer Reihe von Fällen, wo es vor allem Landesparteivorsitzende waren, die in der Öffentlichkeit den Unmut artikulierten. In Oberösterreich wurde dies dadurch verstärkt, dass die dortige Landespartei mehr als anderswo mit der Gewerkschaftsbewegung verbunden ist.
89. Abgesehen von persönlichen Reibereien zwischen den handelnden Personen, die angesichts des unzureichenden politischen und intellektuellen Niveaus der Bundespartei zentrale auch nicht verwunderlich sind, bringen diese Konflikte innerhalb der Bürokratie tiefer liegende Klassenwidersprüche in der Sozialdemokratie zum Ausdruck. Das ist ein Schlüssel zum Verständnis der gegenwärtigen Mechanismen in der organisierten ArbeiterInnenbewegung in Österreich. Selbst die fortgeschrittensten Teile der Klasse sehen in diesem Weg eine Möglichkeit, ihren Interessen einen politischen Ausdruck zu verleihen. Darin spiegeln sich nicht zuletzt Relikte der sozialpartnerschaftlichen Praktiken der Vergangenheit wider, in der die ArbeiterInnenklasse keine eigenständige Rolle als politisches Subjekt spielte. Trotzdem gilt es für die MarxistInnen, hier auch anzusetzen und dies mit einer Perspektive des Klassenkampfes zu verbinden, wo die ArbeiterInnenklasse wieder Eigeninitiative ergreift und mit der Stellvertreterpolitik der Sozialdemokratie und der FSG-Bürokratie bricht.
90. Einen ersten Höhepunkt haben diese Differenzierungsprozesse rund um den Bundesparteitag in Vösendorf 2010 erreicht, wo die Bundespartei spitze trotz monatelangem Beharren an einer vom ÖVP-Finanzminister vorgegebenen politischen Linie schlussendlich jenen Kräften nachgeben musste, die einen Kurswechsel forderten. Die damalige Kurskorrektur („Zeit für Gerechtigkeit“), in deren Mittelpunkt die Forderung nach einer Vermögenssteuer stand, markierte einen Schritt in die richtige Richtung, weil erstmals die KapitalistInnen und die Superreichen für die Budgetkonsolidierung zur Kasse gebeten werden sollten. Unter diesem Gesichtspunkt haben wir diese Forderung auch kritisch unterstützt. Gleichzeitig betonen wir aber auch, dass diese Forderung eine sozialistische Perspektive und ein Programm der Verstaatlichung der Banken und Schlüsselkonzerne unter ArbeiterInnenkontrolle nicht ersetzen kann. Unser Ziel lautet nicht Verteilungsgerechtigkeit; der Schlüssel zur Lösung der Verteilungsfrage liegt in der Eigentumsfrage. Das Thema Steuergerechtigkeit bzw. Verteilungsgerechtigkeit, das die Basis der Führung aufgezwungen hat, werden Faymann & Co. in der nächsten Periode immer wieder auf die Tagesordnung setzen, wenn es ihnen opportun erscheint, gegenüber der ÖVP Boden gut zu machen. Vor allem in Hinblick auf die nächsten Wahlen wird dieses Thema wieder an Bedeutung gewinnen.
91. Die Sozialdemokratie ist angesichts der Krise gezwungen, auf die kapitalismuskritische Stimmung in weiten Teilen der Bevölkerung zu reagieren. Sie beschränkt sich in ihrer Kritik vor allem auf den Finanzkapitalismus, was zu einer völlig falschen Analyse der Ursachen der kapitalistischen Krise führt. Trotzki verglich

in einem Text über die spanische Revolution die spanische Bürokratie mit einem Schauspieler, der auf seinem Rücken die Monarchie in Form einer schrecklichen Kreatur über die Bühne trug, diese zur Schau stellte und sich öffentlich über sie lustig machte. Sobald das Publikum über diese schauspielerische Meisterleistung voller Entzücken ins lautes Gelächter und Jubel verfiel, zog sie schnell mit der Kreatur weiter und brachte sie in Sicherheit. Eine ähnliche Rolle nimmt heute die Führung der Sozialdemokratie ein, nur dass die Kreatur, die sie zu tragen hat, kein verstaubter Monarch sondern das glitzernde Finanzkapital ist. Mit ihrer Kritik an den Auswüchsen des Kapitalismus lenkt sie ebenfalls gekonnt den Unmut der Massen von den tatsächlichen Ursachen für soziale Ungerechtigkeiten ab und stabilisiert so das System.

92. Die jüngsten Debatten um die Budgetkonsolidierung in den Bundesländern zeigen außerdem, dass auch diese kritischen Kräfte in den Landesparteien der gleichen Logik folgen wie die Bundespartei. KritikerInnen der Sparpolitik im Bund sehen dann plötzlich im eigenen Bundesland keine Alternative zur Budgetsanierung in Form von Kürzungen im Sozialbudget. Dabei ist zu sagen, dass fast alle Landesparteien durch die nach dem Proporzsystem gestalteten Landesverfassungen seit Jahrzehnten ununterbrochen in Regierungsverantwortung sind und dementsprechend eng ins System eingebunden sind, selbst wenn sie nicht in einer Regierungskoalition vertreten sind. In Zukunft wird aufgrund der Budgetmisere der Länder und Gemeinden diese Frage ständig von sozialdemokratischen Lokal- und RegionalpolitikerInnen zu beantworten sein. Die bürgerliche Politik, die sich daraus ergibt, gilt es konsequent von einem unabhängigen Klassenstandpunkt aus zu kritisieren. Unser Konzept muss nach dem Beispiel unserer britischen GenossInnen in den 1980ern (Bsp. Liverpool) lauten, dass die SPÖ in den Gemeinden und Ländern den Sparzwang ablehnen und keine Kürzungen umsetzen sondern für eine ausreichende Ausstattung der öffentlichen Finanzen kämpfen und dazu die ArbeiterInnenbewegung mobilisieren muss.

93. Die Linke in der Sozialdemokratie

94. Angesichts der beschriebenen Differenzierungsprozesse in der Sozialdemokratie steht seit mindestens drei, vier Jahren der Aufbau eines organisierten linken Flügels auf der Tagesordnung. Die MarxistInnen sehen darin einen wichtigen Zwischenschritt in den Bemühungen, die kämpferischsten Teile der ArbeiterInnenbewegung endlich aus der Umklammerung durch den Rechtsreformismus zu befreien. Es gilt, der offen bürgerlichen Führung der Sozialdemokratie ausgehend von einem unabhängigen Klassenstandpunkt eine politische Alternative entgegenzuhalten. Angesichts des oben beschriebenen Charakters der Sozialdemokratie und der dominanten Stellung der Bürokratie ist eine Reform der Sozialdemokratie historisch ausgeschlossen. Wir sollten aber nicht die Dinge vermischen. Was unter bestimmten Umständen, nämlich unter den Bedingungen großer Klassenkämpfe und großer politischer Ereignisse sehr wohl möglich ist, ist, dass Teile der Sozialdemokratie, vor allem des Gewerkschaftsflügels, für die Positionen des revolutionären Marxismus gewonnen werden können. Dies ist aber nur denkbar, wenn die ArbeiterInnenklasse die Bühne betritt und versucht, die Sozialdemokratie als ihre Partei zurückzuerobern und zu ihrem Kampfinstrument zu machen. Die Existenz eines organisierten linken Flügels wird eine entscheidende Rolle in solch einer Situation des zugespitzten Klassenkampfes spielen, vor allem wenn die MarxistInnen in diesem linken Flügel eine bestimmende Rolle einnehmen. Nur so kann die Frage einer neuen Linkspartei oder einer neuen ArbeiterInnenpartei in Österreich gestellt und gelöst werden.

95. Die bisherigen Versuche zum Aufbau eines solchen organisierten linken Flügels waren aber bisher nicht erfolgreich. Wir haben immer betont, dass es reale Klassenkämpfe und soziale Bewegungen braucht, damit ein solcher Flügel als sichtbare Alternative zur jetzigen Führung tatsächlich entstehen kann. Diese Voraussetzung fehlte bislang in Österreich. Auf der Grundlage der bestehenden Differenzierungsprozesse wäre es aber sehr wohl möglich gewesen, einen ersten Nukleus eines zukünftigen linken Flügels zu etablieren. Dass selbst dieses Szenario bisweilen nicht eingetreten ist, hängt vor allem mit der Rolle der traditionellen „SP-Linken“ (in erster Linie der SJ-Führung) zusammen. Die SJ würde über die nötigen organisatorischen Ressourcen und die politische Tradition verfügen, diese Aufgabe zu übernehmen. Im Gegensatz zu früheren Projekten weigert sich die SJ-Spitze bisweilen, diese Rolle zu spielen. Dies hat einerseits etwas mit ihrer strukturellen Abhängigkeit von der SPÖ zu tun, ein Stück weit liegt dies auch an den handelnden Personen, aber in erster Linie liegt es an ihrer politischen Ausrichtung. Ihre Herangehensweise und die der gesamten sozialdemokratischen Linken erinnert an folgendes Zitat aus dem „18. Brumaire“ von Karl Marx :

96. „Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen. *Die Tradition aller toten Geschlechter lastet wie ein Alp auf dem Gehirne der Lebenden. Und wenn sie eben damit beschäftigt scheinen, sich und die Dinge umzuwälzen, noch nicht Dagewesenes zu schaffen, gerade in solchen Epochen revolutionärer Krise beschwören sie ängstlich die Geister der Vergangenheit zu ihrem Dienste herauf, entlehnen ihnen Namen, Schlachtparole, Kostüm, um in dieser altehrwürdigen Verkleidung und mit dieser erborgten Sprache die neuen Weltgeschichtsszene aufzuführen.* (...) So übersetzt der Anfänger, der eine neue Sprache erlernt hat, sie immer zurück in seine Muttersprache, aber den Geist der neuen Sprache hat er sich nur angeeignet, und frei in ihr zu produzieren vermag er nur, sobald er sich ohne Rückerinnerung in ihr bewegt und die ihm abgestammte Sprache in ihr vergisst.“

Die heutige Linke in der Sozialdemokratie verharrt noch immer in der Sprache, den Traditionen der Vergangenheit. Doch welche historischen Erfahrungen prägen ihre politischen Konzepte und Ideen? Auf welche Traditionen kann sie zurückgreifen?

97. Exkurs: Die Tradition der österreichischen SP-Linken

98. Die Linke in der österreichischen Sozialdemokratie war die meiste Zeit in einer Minderheitsposition. Die SDAP entstand als das Produkt des Einigungsprozesses, der auf dem Parteitag von Hainfeld auf der Grundlage eines weitgehend marxistischen Programms abgeschlossen wurde. Der Aufstieg zur Massenpartei erfolgte durch die Anwendung dieses Programms und revolutionäre Aktionen (Maidemos, Streiks...). Unter diesen Bedingungen hatte das Zentrum der Partei rund um Victor Adler eine enorme Anziehungskraft, was zur weitgehenden Auflösung des ehemals linksradikalen Flügels führte. In der konkreten Praxis lebten jedoch bald schon marxistisches Programm und reformistische Alltagsarbeit nebeneinander. Die Autorität der Parteiführung war damals enorm und nur vereinzelt traten oppositionelle Stimmen auf. Außerdem gab es nur wenige spontane Klassenkämpfe, die nicht unter der Kontrolle der Partei standen. Einzig relevante Ausnahme waren die Hungerproteste in Wien 1911. Bis 1914 war die Einheit und politische Homogenität nie wirklich in Frage gestellt. Mit Leopold Winarsky, Mitbegründer der SJ-Vorläuferorganisation und der

Sozialistischen Jugendinternationale, gab es nur eine große Persönlichkeit in der Vorkriegssozialdemokratie, die dem linken Flügel Form und Gesicht hätte geben können. Obwohl selbst er im Vergleich zu Rosa Luxemburg und der Parteilinken in Deutschland theoretisch wohl zu wenig in die Waagschale zu werfen hatte, um einen revolutionären Marxismus in der SDAP durchkämpfen zu können. Sein früher Tod 1915 unterband seine Bemühungen in diese Richtung, die aus seinem Kontakt zu Trotzki und seinen Publikationen zur Frage des Weltkrieges ersichtlich wurden.

99. So blieb es weitgehend Aufgabe der kleinen und sehr jungen Strömung der „Linksradikalen“ in der sozialdemokratischen Jugendbewegung, der antimilitaristischen Stimmung einen Ausdruck zu geben. Sie bildeten den Kern einer revolutionären Partei und standen in Kontakt zu wichtigen Betriebsräten in der Industrie. Brutale Repression setzte diesem Projekt aber ein jähes Ende. Übrig blieben die klassischen LinksreformistInnen wie Friedrich Adler, die es nicht wagten, der Kommunistischen Internationale beizutreten bzw. eine revolutionäre Perspektive für die österreichische ArbeiterInnenbewegung zu formulieren. Das sektiererische Unwesen der sich formierenden KPÖ konnte keine Anziehungskraft auf die vielen revolutionär gesinnten ArbeiterInnen in der sozialdemokratisch dominierten Rätebewegung entwickeln. Das alles stabilisierte die Dominanz des Linksreformismus in der Sozialdemokratie, der sich in Form des Austromarxismus spätestens mit dem Abebben der Rätebewegung teilweise sehr radikal gab. Dazu kam, dass sich die SARA rund um Josef Frey als linker Flügel in den Räten von der SDAP abspaltete, was zwar der KP kurzfristig einen Auftrieb gab, gleichzeitig aber den Linksreformismus weiter stabilisiert haben dürfte.
100. In den 1920ern kann von einem organisierten linken Flügel nicht wirklich die Rede sein. Der Austromarxismus in seinen verschiedenen Schattierungen hatte somit für alle Teile der Partei – bis auf kleine Gruppen in den Jugendorganisationen, die sich mit der drohenden faschistischen Gefahr Richtung KP wandten – etwas zu bieten. Erst kurz vor der völligen Zerschlagung der Sozialdemokratie durch den Faschismus formierte sich die Linke und gewann am Parteitag 1933 sogar fast die Mehrheit. Ihr Sprachrohr waren aber wiederum nur die linkeren Teile des Austromarxismus, die keine wirkliche Perspektive anzubieten hatten und daher auch scheitern mussten. Viele linke SozialdemokratInnen gingen nach dem Februar 34 zur KP, einzelne schlossen sich auch dem Trotzkiismus an.
101. Der Faschismus stellte eine mit Blut getränkte Zäsurlinie in der Entwicklung der österreichischen ArbeiterInnenbewegung dar. Traditionen aus der Zeit vor 1938 gingen durch die Erfahrungen des Weltkrieges weitgehend verloren. Der ehemalige Trotzkiist Hindels legte sich den Deckmantel des Austromarxismus über, um überleben zu können und leistete einen Beitrag dazu, dass dieser in der sozialdemokratischen Linken Fuß fassen konnte. Für viele Linke war der Stalinismus eine realistische Alternative. Die starke Repression im beginnenden Kalten Krieg drängte diese Elemente weitgehend aus der SPÖ oder ließ sie psychisch zerbrechen. Die Niederlage im Oktoberstreik und die damit verbundenen Konsequenzen für die Gewerkschaftsbewegung hatten ebenfalls einen negativen Effekt auf diese Teile der Linken, weil in der Ära der Sozialpartnerschaft und des Nachkriegsbooms eine Orientierung auf die ArbeiterInnenklasse immer schwerer aufrechtzuerhalten war. Die austromarxistische Linke zog sich auf einige Spielwiesen zurück, wie die SJ-Schulungsarbeit oder die Freiheitskämpfer, blieb aber in Partei und noch mehr in der Gewerkschaft wirkungslos. Unter den Bedingungen der Hegemonie des Rechtsreformismus formte sich der Linksreformismus. Sein Dogma wurde die Politik des „Machbaren“, des Ausnutzens der kleinen Spielräume, welche die Bürokratie den

Linken zugestand. Die Herangehensweise der SJ-Spitze ist ganz von dieser Tradition bestimmt.

102. Nach 1968 gab es mehrere Entwicklungen in den Jugendorganisationen, die die Herausbildung einer starken marxistischen Strömung befördert hätten. Bürokratische Repressionen durch eine damals absolut unangefochtene Parteispitze und fehlende Perspektiven verhinderten das aber. Aufgrund der weitgehenden Inaktivität der ArbeiterInnenklasse blieb die radikalisierte Jugend Konzepten zwischen Austromarxismus und zivilgesellschaftlichem Protest der Neuen Sozialen Bewegungen verhaftet. Diese Erfahrung prägt bis heute die Politik der SJ. Die Ansätze zu einem organisierten linken Flügel in der SPÖ (ISP und Tribüne), die teilweise ein beachtliches Echo hatten und auch sehr prominente UnterstützerInnen fand, ging ebenfalls nicht über den Austromarxismus hinaus. Der Zusammenbruch des Stalinismus versetzte dieser Linken den Todesstoß. Mangels politischer Klarheit konnte sie dem Druck bürgerlicher Ideologie, der auch in der Sozialdemokratie immer stärker wurde, nicht widerstehen.
103. Die heutige Linke – allen voran die SJ – ist noch immer von diesen historischen Entwicklungen geprägt. Es wird große Schocks und Ereignisse des Klassenkampfes brauchen, damit sich das ändert. Dann werden aber die besten Traditionen der ArbeiterInnenbewegung, wo ArbeiterInnen instinktiv eine revolutionäre, klassenkämpferische Alternative zum sozialdemokratischen Reformismus suchten und initiierten und die mit den Jahren 1918, 1927, 1934 und 1950 verbunden sind, wiederbelebt.
104. Noch immer ist die Politik dieser linken ReformistInnen also von den Traditionen des Linksreformismus der 1970er/1980er Jahre geprägt. Die Beförderung der Illusionen in den Mythos der Kreisky-Ära, die wahrscheinlich die einzige Tradition darstellt, die heute in der österreichischen ArbeiterInnenbewegung massenrelevant ist und dementsprechend auch auf die Linke abfärbt, zeigt dies sehr schön. Aber auch in der ganzen Debatte über die Ursachen der Krise und die Kampagnen für „Verteilungsgerechtigkeit“ wird diese politische Beschränktheit deutlich. ArbeiterInnenklasse und Klassenkampf sind für den heutigen Linksreformismus keine zentralen Kategorien in der politischen Tagesarbeit. Dementsprechend verfügt er über keine strategischen und taktischen Konzepte, sozialistische Ideen in der Klasse zu verankern. Linke BetriebsrätInnen, für die natürlich die ArbeiterInnenklasse Bezugspunkt ist, verharren in ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit in der Regel in einer rein ökonomistischen Position.
105. Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für diesen Reformismus sind heute aber nicht mehr gegeben. Die Krise des Kapitalismus hat seither ein neues Ausmaß angenommen. Das gesellschaftliche Kräfteverhältnis zwischen den Klassen hat sich zugunsten des Kapitals verschoben. Solange die linken ReformistInnen dies nicht verstehen wollen, werden sie den nötigen politischen und organisatorischen Bruch mit dem Rechtsreformismus nicht wagen. Ihr marxistisches Selbstverständnis wird so zur leeren Worthülse, zwischen Theorie und realpolitischer Praxis wird die Kluft immer größer.
106. Die Linken, die unter den Bedingungen des noch ausbleibenden Klassenkampfes nicht den Marxismus als Grundlage ihrer politischen Praxis sehen, werden auch das Projekt einer SPÖ-Linken nicht tatkräftig angehen, dem Druck der Parteibürokratie nachgeben oder sich mangels Perspektive auf altbekannte, liebgewordene Spielwiesen zurückziehen.
107. Doch die Geschichte wird hier nicht stehen bleiben. Viel zu gut gräbt der alte Maulwurf der Geschichte seine Gänge, wie Trotzki einst schrieb. Die Frage eines linken Flügels in der ArbeiterInnenbewegung wird in der kommenden Periode bei

jeder größeren Erschütterung auf die Tagesordnung gesetzt. Für die MarxistInnen bleibt dies ein wichtiger Propagandaslogan. Sie können diesen Prozess nicht substituieren, aber sie können wichtige Vorbereitungsarbeit leisten und die besten Teile der Sozialdemokratie für diese Idee gewinnen. Unsere Aufgabe heute muss darin liegen, die besten Teile unter den BetriebsrätInnen und GewerkschafterInnen für den Marxismus zu gewinnen, damit wir eine gute Ausgangsbasis für den Zeitpunkt haben, wo eine wirkliche SP-Linke entsteht, die sich auf die fortgeschrittensten Kerne der ArbeiterInnenbewegung, v.a. der Gewerkschaften, stützt.

108. Gewerkschaften

109. Mit der neuerlichen Auflage der Großen Koalition wurde auch der ÖGB sichtbar in die Führung der Staatsgeschäfte integriert. Die Bürgerlichen (ge)brauchten den ÖGB für die Bewältigung der Krise, weil nur dieser die soziale Stabilität aufrechterhalten könnte, wenn die Kosten der Krise auf die Masse der Lohnabhängigen abgewälzt werden. Mit dem Sozialminister stellt die Gewerkschaft erstmals seit langem wieder einen Schlüsselminister in der Bundesregierung. Diese Neuauflage des Klassenkompromisses verursachte dem Kapital auch gewisse Kosten (Kurzarbeitsregelung, gewisse vermögensbezogene Steuern bei der Budgetkonsolidierung). Unterm Strich hat sich diese Politik jedoch für die Bürgerlichen bezahlt gemacht. Im Grunde haben die Gewerkschaften ihren Beitrag dazu geleistet, dass der österreichische Kapitalismus relativ zu den meisten anderen europäischen Staaten im Zuge der Krise an Wettbewerbsfähigkeit zulegt hat.
110. Ein wesentliches Instrument dazu war wie eh und je die Kollektivvertragspolitik der Gewerkschaften, die weniger die Erhaltung der Kaufkraft der Lohnabhängigen (2010 blieben laut Statistik Austria die Lohnsteigerungen im Durchschnitt unter der Inflationsrate!), sondern v.a. die Wettbewerbsfähigkeit des Standort Österreichs sicherstellen sollte. Markantester Einschnitt auf diesem Gebiet war sicherlich die Aufsplitterung des KV in der Druckindustrie. Doch auch beim KV in der Metallindustrie, der Vorbildwirkung für alle anderen Branchen hat, wurde eine moderate Lohnpolitik fortgesetzt. In mehreren Branchen erhöhte die Kapitaleseite den Druck auf die Gewerkschaften bei den KV-Verhandlungen. In einem Sektor nach dem anderen war die Gewerkschaft gezwungen, zumindest die BetriebsrätInnen zu mobilisieren. Immer wieder wurden Verhandlungen ergebnislos abgebrochen und die Gewerkschaften mussten BR-Konferenzen oder gar Betriebsversammlungen organisieren. Im Frühjahr 2009 musste sie sogar zu einer Großdemo nach Wien mobilisieren. Diese Konflikte eskalierten jedoch nie, immer wieder kam es im letzten Moment zu Kompromissen, die für „ArbeitgeberInnen“ und die Gewerkschaftsspitze akzeptabel waren.
111. Dem oberflächlichen Machtzuwachs durch die Integration in die Regierungsgeschäfte und in den SPÖ-Parlamentsklub steht eine massive Schwächung der Verhandlungsmacht der Gewerkschaften im Zuge der Krise gegenüber. Die Bürgerlichen haben die Krise für ihre Interessen genutzt, Stammebelegschaften gegen billigere LeiharbeiterInnen ausgetauscht, eine Ausweitung des Arbeitstages erzwungen und somit den absoluten Mehrwert erhöht. Dementsprechend konnten die KapitalistInnen trotz Krise ihre Profite hochhalten. Das niedrige Investitionsniveau in der Industrie zeigt den rein parasitären Charakter des Kapitals. Das Auspressen der Ware Arbeitskraft ist das zentrale Element ihrer Unternehmensführung. Auf Dauer ist diese Strategie aber nicht aufrechtzuerhalten.
112. Diese Entwicklung hat auch zu Differenzierungsprozessen in der Bürokratie geführt. Die intelligenteren Teile der Bürokratie haben erkannt, dass sie vom Kapital

an die Wand gefahren werden, wenn sie nicht schleunigst ihren Kurs ändern. Die Streikvorbereitungen der Metallereinnengewerkschaft waren Ausfluss dieser Überlegungen. Diese Maßnahmen unterstützen wir. Aber uns muss klar sein, dass auch diese Teile der Bürokratie mit Standortdenken und Sozialpartnerschaftslogik nicht gebrochen haben. Sie verstehen jedoch, dass die Gewerkschaften kämpferischer auftreten müssen, damit sie von den KapitalistInnen ernst genommen werden. Ihre Stellung im bürgerlichen System können sie nur bewahren, wenn sie ihre Organisationsmacht unter Beweis stellen können. Bei den KV-Verhandlungen in der Metallindustrie haben sich sehr deutlich die Grenzen dieser „neuen Linie“ gezeigt. Trotzdem wird hier ein Kanal ein Stück weit geöffnet, der den kämpferischen Teilen der Gewerkschaftsbewegung Möglichkeiten bietet, ihre Ideen in der Klasse mehrheitsfähig zu machen. Dies ersetzt aber nicht den Aufbau einer organisierten linken Strömung in den Gewerkschaften. Diese Aufgabe müssen die kämpferischen BetriebsrätInnen konkret in Angriff nehmen sonst werden sie gegenüber der Bürokratie immer den Kürzeren ziehen.

113. Die Krise hat aber die ArbeiterInnenklasse in ihrer Kampfbereitschaft stark geschwächt. Die Angst vor Arbeitslosigkeit und Werkschließungen ließ viele ArbeiterInnen zu dem Schluss kommen, dass es derzeit keinen Sinn macht, zu kämpfen. Unter diesen Bedingungen mussten sie ihren Unmut über sich verschlechternde Arbeitsbedingungen und die Folgen der Kapitalherrschaft, die sie täglich zu spüren bekommen, runterschlucken. In einer Reihe von Konflikten zwischen Kapital und Arbeit fand dieser Unmut in der Klasse seinen Ausdruck im Auftreten von ehrlichen BetriebsrätInnen, die von der Gewerkschaftsführung einen kämpferischeren Kurswechsel forderten. In der Druckindustrie ging dieser Prozess bisweilen am weitesten, Anzeichen dafür gab es aber auch in anderen Sektoren. Dies sind wichtige Schritte in Richtung eines Differenzierungsprozesses in den Gewerkschaften. Hier macht eine Schicht von BR wichtige Erfahrungen mit dem Klassengegner aber auch mit der Gewerkschaftsbürokratie. Das ist der Beginn für die Herausbildung einer Strömung, die eine kämpferische und demokratische Gewerkschaft fordert.
114. Erste Kerne einer solchen Strömung existieren heute bereits in mehr oder weniger informellen Netzwerken. Bisweilen haben diese kämpferischen BR Niederlagen einstecken müssen, die – wie im Fall der Drucker – teilweise sehr bitter waren. Das hat auch dazu geführt, dass viele dieser BR wieder einen Schritt zurück gemacht haben und sich rein auf die Vertretung ihrer KollegInnen im Betrieb konzentrieren. Diese Differenzierungsprozesse in den Gewerkschaften sind kein linearer Prozess, sondern von Brüchen, Rückschlägen, aber auch von Sprüngen vorwärts geprägt. Dies hängt einmal mehr auch davon ab, in welchem Verhältnis diese BR zur marxistischen Strömung stehen und ob es in ihren Betrieben bereits einen Kern von KollegInnen gibt, die bewusst auf einen Kurswechsel hinarbeiten.
115. Die letzten Personalvertretungswahlen bei der Post haben gezeigt, welche Kluft teilweise schon zwischen der Bürokratie und der Basis besteht. Der Widerstand gegen die Pläne der Konzernleitung wurde von der Gewerkschaftsspitze kurzerhand abgewürgt. Die gewerkschaftsinterne Opposition war zu schwach, um die Führung auf einen kämpferischen Kurs zu zwingen. Bei den Wahlen wurde der Bürokratie aber die Rechnung präsentiert. In de facto allen Bundesländern verlor die Fraktion, die bisher die Mehrheit stellte, massiv an Stimmen und Mandaten. Teilweise änderten sich sogar die Mehrheitsverhältnisse. Dieser Erdbeben traf besonders die FSG hart, deren Spitze bei der Post eng mit dem Management verbunden ist und in den vergangenen Jahren alle Umstrukturierungen und Personalabbaumaßnahmen mitgetragen hat. Solche Entwicklungen zeigen, dass der Einfluss der Bürokratie auf die Basis abnimmt. Dies

eröffnet für eine marxistische Strömung in den Gewerkschaften große Möglichkeiten, sich zu verankern.

116. Die bürokratische Betondecke hat in den vergangenen Jahren Risse erhalten, aber sie ist noch intakt. Die relativ günstige Entwicklung des österreichischen Kapitalismus erleichtert es der Bürokratie, den Deckel noch drauf zu halten. Doch der Beginn ist gemacht. Angesichts der starken Teuerungsrate (im Zuge der Belastungspakete der Regierung und der Rohstoffspekulation) wird in den kommenden Monaten mit weiteren Konflikten auf KV-Ebene zu rechnen sein, v.a. in der Frühjahrsrunde z.B. in der chemischen Industrie. In diesen KV-Konflikten werden die MarxistInnen die kämpferischen BR aktiv unterstützen und deren Erfahrungen verallgemeinern bzw. eine Perspektive geben.
117. Ein weiterer Bereich, wo es verstärkt zu Arbeitskämpfen kommen kann, ist rund um die Sparpakete auf Ebene der Bundesländer und Gemeinden. In OÖ haben die Kürzungen im Sozialbereich sogar zu ersten Warnstreiks geführt. Bei den betroffenen Betrieben gibt es kämpferische BR, die auch die Gewerkschaft vorwärtsgetrieben haben. Ähnliche Konflikte wird es in den kommenden Monaten wohl mehrere geben. Ein Fokus wird dabei wahrscheinlich der Sozial- und Gesundheitsbereich sein.
118. Nach dem Sparpaket wird die Bundesregierung außerdem einen weiteren Anlauf zu einer Reform des Bildungswesens nehmen. In den letzten 15 Jahren war jede solche Reform gekennzeichnet von Angriffen auf die LehrerInnen. Die schwarze LehrerInnengewerkschaft gibt dabei immer wieder eine kämpferische Standesvertretung, die jedoch in bildungspolitischen Fragen reaktionäre Ideen verfolgt. Die Mehrheit der LehrerInnen würde jedoch eine progressive Bildungsreform befürworten, wenn dies nicht gleichzeitig auf ihre Kosten ginge. An diesem Widerspruch gilt es für MarxistInnen anzuknüpfen. Über Verankerungen unter SchülerInnen sollte es uns mit einer korrekten Position zu diesem Thema, das in den nächsten Monaten in der Innenpolitik sehr bestimmend sein wird, möglich sein, auch fortschrittliche LehrerInnen zu erreichen.
119. Auf die oben beschriebene Krise der Gewerkschaftsmacht reagieren immer mehr Gewerkschaften mit Pilotprojekten zur Organisierung neuer Bereiche, in denen die Belegschaften bisher noch nicht organisiert sind (Bauwirtschaft, UPS...). Diese Versuche sehen wir mit Sympathie und werden sie wo möglich auch aktiv unterstützen. Damit alleine sind die Probleme der Gewerkschaftsbewegung aber noch nicht gelöst. Nur durch einen Bruch mit der Sozialpartnerschaftslogik können aus solchen Organizing-Kampagnen die Gewerkschaften auch wieder an Kampfstärke und Verhandlungsmacht gewinnen.
120. Der Schlüssel bleibt, dass die marxistische Strömung sich selbst in Betrieben und Gewerkschaften verankert. Wir sahen in den letzten Jahren eine Reihe von Arbeitskämpfen, wo eine Gruppe von marxistischen Kadern einen qualitativen Unterschied gemacht hätte. Dies bedarf einer geduldigen Arbeit in den Gewerkschaften und in ausgewählten Betrieben.

121. Jugend

122. Die Krise des Kapitalismus hat die Jugend besonders hart getroffen. Am Arbeitsmarkt, in der Schule und auf der Uni wird der Druck immer größer. Die Jugendarbeitslosigkeit steht auf Rekordniveau, was nur durch staatliche Maßnahmen

versteckt wird. Doch die Jugendlichen, die in den Polys, in Kursen usw. zwischengeparkt werden, haben große Schwierigkeiten sich am Arbeitsmarkt zu etablieren. Dementsprechend haben sie auch keine Zukunftsperspektiven. Es ist eine Generation, die eine künftige neue Unterschicht konstituieren wird, die nur prekäre Beschäftigungsverhältnisse (Leiharbeit usw.) angeboten bekommen wird. Es ist auch eine Generation, der die traditionellen Massenorganisationen (SPÖ, Gewerkschaften) nichts anzubieten haben. Dementsprechend ist dieser Teil der ArbeiterInnenklasse auch nicht organisiert und teilweise offen, bei Wahlen die FPÖ zu unterstützen, weil diese als die einzige politische Kraft erscheint, die sich oppositionell gebärdet. Bis jetzt hat diese Schicht kaum den Weg des sozialen Protests gewählt. Das Beispiel der SJ Vorarlberg zeigt aber, dass es für MarxistInnen sehr wohl möglich ist, sich in der ArbeiterInnenjugend zu verankern.

123. Doch auch die Teile der ArbeiterInnenjugend, die nicht völlig deklassiert sind und einen Job haben, bekamen die Krise zu spüren. Dies zeigt sich daran, dass die Einstiegsgehälter seit Ausbruch der Krise um zehn Prozent gesunken sind. Die Lohnpolitik der Gewerkschaften brachte ebenfalls eine weitere Benachteiligung von Lehrlingen und jungen ArbeiterInnen. Ganz abgesehen davon, dass das traditionelle Normalarbeitsverhältnis immer mehr der Vergangenheit angehört und durch All-In-Verträge, freie Dienstverhältnisse usw. ersetzt wird.

124. Das schafft ein sehr explosives Klima, das gekennzeichnet ist von Unzufriedenheit und Unsicherheit. Noch ist nicht absehbar, welche Ausdrucksformen diese Stimmung finden wird, jedoch wird sie nicht ewig in geordneten Bahnen verlaufen können. Früher oder später wird es zu einer Explosion und zu einem Aufschwung des Klassenkampfes kommen, in dem junge ArbeiterInnen an vorderster Front stehen werden. In so einer Situation würde es der Gewerkschaftsbürokratie extrem schwer fallen, ihren sozialpartnerschaftlichen Kurs weiter zu verfolgen bzw. würden Teile der Bürokratie nach links getrieben werden.

125. Ein wachsender Teil der Jugend versucht über eine weiterführende Bildung in Schulen, Fachhochschulen und Universitäten eine bessere Startposition auf dem Arbeitsmarkt zu erlangen. Der österreichische Kapitalismus braucht zunehmend besser ausgebildete Arbeitskräfte. Das heißt aber noch lange nicht, dass eine gute Schulbildung oder selbst ein akademischer Abschluss (von der Matura ganz zu schweigen) mit Karriere und einer gesicherten Zukunft gleichzusetzen ist. Das genaue Gegenteil ist der Fall. Der Umbauprozess des Bildungssystems geht seit einem Jahrzehnt vonstatten und soll dazu dienen, die lernende Jugend den Bedürfnissen der Wirtschaft anzupassen.

126. Ein Ende der Massenunis ist nicht in Sicht, aber das Studium soll durch den Bologna-Prozess und die damit verbundenen Maßnahmen wie Zugangsbeschränkungen und Ausleseverfahren neu organisiert werden. Der freie Bildungszugang gehört somit endgültig der Vergangenheit an. Die SPÖ beugt sich auch in dieser Frage dem Druck des Kapitals und der ÖVP und gibt eines ihrer Kernthemen auf.

127. Für die Studierenden bedeuten diese Konterreformen an den Unis noch größeren Leistungsdruck, und das bei einer drückenden Unterfinanzierung des Hochschulbetriebs. Die Kürzungen im Zuge des jüngsten Sparpakets werden den finanziellen Druck auf die Studierenden noch weiter erhöhen. Schon jetzt ist die Mehrheit von ihnen gezwungen, neben dem Studium zu arbeiten. In der Regel passiert dies unter prekären Beschäftigungsverhältnissen – eine gute Vorbereitung auf das Arbeitsleben als JungakademikerIn. Dies fördert das Bewusstsein, dass auch Lohnabhängige mit akademischem Abschluss tendenziell nichts “Besseres”, sondern Teil der ArbeiterInnenklasse sind. Die Mehrzahl der Studierenden wird nur mehr

einen Bakk-Abschluss machen können und dann dem kapitalistischen Verwertungsprozess zugeführt werden – und zwar als untergeordnetes Rädchen. Nur eine kleine Elite wird nach der Uni wirkliche Leitungsfunktionen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft übernehmen.

128. Kurzfristig mag dieser Umstrukturierungsprozess das Widerstandspotential der Studierenden hemmen, aber früher oder später ist dadurch eine Explosion an den Unis angelegt. Es ist ein Fehler, die Studierenden als stumpfe Masse abzuschreiben.
129. Die Unis standen bisher im Zentrum der bürgerlichen Versuche, das Bildungssystem marktkonform umzugestalten. Doch auch an den Schulen geht die Entwicklung in diese Richtung. Es geht nicht um bürgerliche Bildungsideale, sondern um die Zurichtung von Jugendlichen entlang der Bedürfnisse der Wirtschaft. Dazu wird der Leistungsdruck ständig verstärkt. Immer mehr Jugendliche spüren, dass sie in einer Gesellschaft leben, in der ihnen immer höhere Hürden auferlegt werden und die ihnen ein Gefühl gibt, dass sie eigentlich nicht gebraucht werden. Diese wachsende Unzufriedenheit ist Teil eines molekularen Prozesses, der einen Ausbruch des angestauten Zorns in Zukunft vorbereitet. Die riesigen SchülerInnenproteste 2009 zeigten das Potential dieser neuen Generation.
130. Sowohl in dieser Bewegung wie auch wenig später in der “Uni brennt”-Bewegung wurde deutlich, wie wichtig die Frage der politischen Perspektive und der Führung in solchen Jugendbewegungen eigentlich ist. An den Schulen wäre es die Aufgabe der SJÖ, diese Rolle zu übernehmen. Die SJ-Führung ist aber nicht bereit, offensiv gegen eine “rote” Bildungsministerin aktiv zu werden. 2009 hat sie sich erst unter dem Druck der Ereignisse und ihrer eigenen Basis dann doch dazu durchgerungen, auf den fahrenden Zug aufzuspringen und stellte sich mit ihren organisatorischen Ressourcen an die Spitze des Protests. Sie hat dies aber getan, ohne in der Bewegung eine klare Lösung populär zu machen.
131. An den Unis wog dieses Element noch schwerer und wurde von den am lautesten schreienden AktivistInnen sogar zum Prinzip erhoben. “Uni brennt” scheiterte daran, einen „Freiraum“ mit einer sozialen Bewegung zu verwechseln. Ohne organisierende Slogans, ohne demokratische Plenardiskussion und Abstimmung, ohne einen Kampfplan und ohne Orientierung, dafür mit hoch informellen (sprich: bürokratischen) Führungsnetzwerken verpufften die Energie und Wut der Studierenden ins Nichts.
132. Die Niederlage dieser Bewegung ist bis heute an den Unis spürbar und wird noch länger Nachwirkungen haben. Hier wurde eine ganze Generation von AktivistInnen, die sich nun noch dazu intensiv um das Studium kümmern muss, demoralisiert. Dies ist auch ein Mitgrund, warum trotz massiver Angriffe und einer spontanen Reaktion tausender Studierender ein Heißer Herbst an den Unis ausblieb und es der ÖH ein Leichtes war, den Protest in geordneten Bahnen zu belassen.
133. Die MarxistInnen müssen an den Unis auch in der Linken gegen den Strom schwimmen. Theoretische Festigkeit wird darüber entscheiden, ob es gelingt in diesem Bereich eine marxistische Alternative zu Reformismus, Postmoderne und anarchoidem Linksradikalismus zu verankern.
134. Dieses Ausbleiben von relevanten Jugendbewegungen gegen das Sparpaket hat auf die radikale Linke einen demoralisierenden Effekt. Die Demos blieben überschaubar, es kam zu keinem Unistreik, die Schulstreiks blieben eine Minderheitenangelegenheit – das wird Folgen zeitigen und Umbrüche in der Linken mit sich bringen. Ob dies zu einer Überwindung des Sektierertums mit sich bringen wird, wird aber nicht zuletzt vom realen Klassenkampf in Österreich und international abhängen. Zu stark ist der oberflächliche Empirismus, gepaart mit Dogmatismus und

weitgehendem Unverständnis der dialektischen Methode, als dass die reine theoretische Auseinandersetzung mit dem Marxismus heilsam wirken könnte.

135. Wenn auch nicht unmittelbar, so bleiben die Schulen und Unis doch Orte, an denen angesichts des ungebrochenen Umbaus des Bildungssystems immer und immer wieder Jugendbewegungen ausbrechen werden. Jedes Jahr kommen neue (potentielle) AktivistInnen dazu, und diese relativ große Umschlaggeschwindigkeit ermöglicht es auch, dass Niederlagen und negative Erfahrungen aus Bewegungen nicht ewig anhalten. Eine Voraussetzung dafür ist und bleibt aber ein erfolgreicher ideologischer Kampf. Die Arbeit an Schulen und Unis kombinieren MarxistInnen dabei konsequent mit einer Orientierung auf die organisierte ArbeiterInnenbewegung und stellen die zentrale Rolle der ArbeiterInnenklasse im Kampf für die Überwindung des Kapitalismus in den Mittelpunkt ihrer Argumentation.
136. Eine Frage, die seit Jahren in der Jugend polarisiert, ist jene des Rassismus. Während die FPÖ unter Jugendlichen überdurchschnittlich mit ihren rassistischen Parolen punkten kann und so von den wahren sozialen Ursachen für die Unsicherheit und Perspektivlosigkeit ablenkt, wird ein anderer Teil der Jugend durch den Protest gegen die FP-Hetze und gegen Rassismus politisiert. Jüngst wurde dies in den immer häufiger werdenden Protesten gegen Abschiebungen deutlich. Höhepunkt war sicher der erfolgreiche Schulstreik gegen die drohende Abschiebung einer Mitschülerin in Wien. Diese Bewegung wird zwar aktiv nur von einer kleinen Minderheit getragen, genießt aber offensichtlich eine wachsende öffentliche Unterstützung. Die Fälle Arigona, Komani und andere haben die Kräfteverhältnisse in dieser Frage etwas verschoben, und dies gilt es zu nutzen um dem Staatsrassismus einen Schlag zu versetzen. Anhand dieser Frage ist auch eine Polarisierung in der Sozialdemokratie (inklusive der SJ) spürbar.
137. Die arabische Revolution führt unter Teilen der migrantischen Jugend zu Bewusstseinsprüngen und muss benutzt werden, um hier den revolutionären Marxismus unter dieser unterdrücktesten Schicht der österreichischen ArbeiterInnenklasse zu verankern.
138. Zum zentralen Thema könnte aber der antirassistische Kampf werden, wenn Strache tatsächlich sein angekündigtes "Ausländer-Volksbegehren" startet. MarxistInnen stehen gegen jede Form der Spaltung der ArbeiterInnenklasse und für die Organisierung der migrantischen ArbeiterInnen und Jugendlichen in der ArbeiterInnenbewegung im Kampf für ein Programm gegen Ausbeutung und Unterdrückung, das dieselben sozialen und politischen Interessen aller Lohnabhängigen ins Zentrum rückt. Auf dieser Grundlage gilt es den Kampf gegen die FPÖ und gegen staatlichen Rassismus, der von den Spitzen von SPÖ und ÖGB kritiklos mitgetragen wird, zu führen.

139. Sozialistische Jugend

140. Die SJÖ ist die traditionelle linke Jugendorganisation in Österreich und die einzige Kraft, die bundesweit vertreten ist. Die SJ ist zwar weit davon entfernt, eine Massenverankerung zu haben, hat aber im vergangenen Jahrzehnt unter einer linken Verbandsführung wichtige Erfolge im Wiederaufbau von Strukturen erzielt. Aufgrund ihrer Geschichte und Tradition können wir davon ausgehen, dass sie in künftigen Jugendprotesten eine sehr zentrale Rolle einnehmen wird. Dies wird umso mehr der Fall sein, wenn es gelingt, in der SJ eine starke marxistische Strömung zu etablieren.

141. Die SJ verfügt zwar historisch über eine gewisse Unabhängigkeit, was dazu führt, dass Jugendliche relativ selbständig politisch aktiv sein können, sie ist aber auch durch ihre strukturelle und finanzielle Abhängigkeit von der SPÖ geprägt und verspürt den ständigen Druck des Parteiapparates. Dazu kommt, dass es in der SJ einen – wenn auch kleinen – Hauptamtlichenapparat gibt, in dem sich die Bürokratie reproduziert. Aus alledem ergibt sich ein Widerspruch zwischen marxistischer Theorie und reformistischer Praxis. In den letzten 3 - 4 Jahren sahen wir eindeutig die Tendenz, dass die SJ-Führung verstärkt auf den Druck der SPÖ-Spitze reagierte und eine Politik rund um Minimalforderungen machte, die sie nicht in Konflikt mit dem Parteiapparat bringt. Da der Strukturaufbau nicht mit politischer Schulung entlang dem Grundsatzprogramm verbunden wird, stärkte dieses Aufbaukonzept die reformistischen Teile in der SJ, die ein Naheverhältnis zur SPÖ suchen.
142. Dazu kommt, dass unter den Bedingungen der Großen Koalition auch der Druck der Partei gestiegen ist. Diese Linie setzt ein stärkeres Vorgehen gegen die linke Opposition in den eigenen Reihen voraus. Den Anfang setzte man mit dem Putsch in der SJ21, schließlich kam der Generalangriff auf die marxistische Strömung. In den letzten Monaten wiederholte sich diese Praxis in den bürokratischen Manövern gegen Marxist*in und die AKS in der SJ Wien, sowie in der Subventionskürzung der SJ Vorarlberg.
143. Letzteres Beispiel zeigt aber auch, dass sich unter dem Druck von Jugendbewegungen die reformistische Hegemonie in der SJ als relativ instabil erweist und es schnell zu Differenzierungsprozessen kommt, in der Teile der SJ das marxistische Erbe ihrer Organisation wiederentdecken und zum Maßstab ihrer Politik machen wollen.
144. Trotz eines ideologischen Rechtsrucks in den letzten Jahren muss doch gesagt werden, dass die SJÖ in mehreren Bewegungen eine wichtige Rolle eingenommen hat (Demo 28. März gegen die Krise, SchülerInnenbewegung 2009, Proteste gegen Streichung der Familienbeihilfe). Die MarxistInnen begrüßen es, wann immer die SJ solche Bewegung unterstützt oder gar selbst organisiert. Wir müssen aber mit unseren eigenen Methoden zeigen, wie diese Bewegungen organisiert und zum Erfolg geführt werden sollen. Denn selbst wenn die SJ-Führung sich dazu durchringt zu mobilisieren, wird der reformistische Charakter ihres Programms wie auch ihrer Methoden in der Praxis immer deutlich. Dem gilt es eine revolutionäre Alternative entgegenzuhalten und in der SJ mehrheitsfähig zu machen.
145. Die andauernde Krise mit ihren Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte wird auch für die SJ zu einer Belastungsprobe der besonderen Art. Vor allem auf Landesebene besteht seitens der SJ ein derartiges Naheverhältnis zur SPÖ, dass es ihr schwer fallen wird, dem Druck in Richtung einer zumindest passiven Unterstützung der Sparpolitik, die die SPÖ als Teil der Landesregierungen mit trägt, standzuhalten. Das haben wir schon in der Steiermark und in OÖ gesehen. Auch in Wien wird es über kurz oder lang zu so einer Situation kommen. Die reformistischen Teile der SJ werden sich unter diesen Bedingungen in extremen Argumentationsnotstand hineinmanövrieren. Wie passt auch eine "Reiche sollen zahlen"-Kampagne zusammen mit der Zustimmung zu Sparpaketen im eigenen Bundesland. Das wird die Differenzierungsprozesse in der SJ beschleunigen. Die MarxistInnen in der SJ haben die Aufgabe, diesen Widerspruch aufzuzeigen und zuzuspitzen.
146. Doch selbst im Fall des Sparpakets der Bundesregierung beschränkte sich die SJ ab einem gewissen Zeitpunkt auf eine rein propagandistische Opposition, ohne konkreten Widerstand zu organisieren. Ihr Protest gegen das Sparpaket bewegte sich von vornherein in dem Rahmen, der durch die Konflikte innerhalb der sozialdemokratischen Bürokratie vorgegeben waren. Als die linkeren Teile der

Bürokratie (z.B. in der SPÖ OÖ) sich mit dem Sparpaket abgefunden hatten, bedeutete das auch das Ende des aktiven Widerstands der SJ. Spätestens ab diesem Zeitpunkt hätte sie die Organisierung eines linken Flügels rund um diese Frage in Angriff nehmen müssen. In OÖ wurde dieser Schritt sogar diskutiert, dann aber nicht umgesetzt. Die Angst vor einem offenen Konflikt mit der Parteibürokratie lässt die SJ-Spitze von solchen Schritten Abstand nehmen.

147. Wenn es eine Konstante in der SJ-Politik der letzten 3-4 Jahre gibt, dann ist es die konsequente Weigerung einen organisierten linken Flügel in der Sozialdemokratie aufzubauen. Mit der "Denkfabrik" hat sie gezielt ein Gegenprojekt zur SPÖ-Linke aufgebaut, um die oppositionellen Stimmen in der Sozialdemokratie zu spalten und in geordnete Bahnen zu lenken. Dabei hat sich durchaus gezeigt, welches Potential die SJ beim Aufbau eines linken Flügels hätte. Dieses Potential ließ sie aber bewusst brach liegen. Abgesehen davon, dass sie in den "Denkfabriken" auch kritiklos bürgerliche Positionen zur Budgetkonsolidierung oder zur Asylpolitik verbreiten ließ, wurde dieses Projekt im Herbst, als das Sparpaket zur Diskussion stand, de facto schubladisiert. Diese Debatte über die Rolle der SJ bei der Organisierung eines linken Flügels müssen die MarxistInnen konsequent weiterführen. Rund um diese Frage wird sich immer wieder eine Differenzierung in der SJ ergeben. Schon jetzt gibt es eine Minderheit von SJ-AktivistInnen, die offen für die Ideen des revolutionären Marxismus sind.
148. Abschließend sei gesagt, dass die Bürokratie sich in den letzten Jahren in der SJ konsolidiert hat und über eine stabile Mehrheit verfügt. Alte Konflikte zwischen den großen Landesorganisationen scheinen derzeit beigelegt. Die SJÖ steht inhaltlich weiterhin auf dem Fundament der "linken SJÖ", in der konkreten Praxis gab es aber eine tendenzielle Rechtsentwicklung. Dabei wurden die schlechtesten Methoden, die schon immer zum Selbstverständnis der austromarxistisch geprägten SJ-Führung zählten (Medienaktionen des Apparats, Kampagnen mit von oben vorgefertigten "Aktionstagen", Vernachlässigung politischer Schulungsarbeit,...), verstärkt. Es gibt keine systematischen Versuche zur Verankerung der Organisation in Schulen, geschweige denn Betrieben. Jugendkultur hat einen viel höheren Stellenwert als politische Arbeit im engeren Sinn. Die Basis wird dadurch unmündig gehalten. Dazu kommt mit der FPK, die sehr autonom agieren kann, eine Kraft, die eine Spielwiese der Bürokratie geworden ist und an Einfluss zulegen konnte. Diese Rechtsentwicklung stellt aber keinen qualitativen Unterschied zur SJÖ vor 5, 8 oder 10 Jahren dar.
149. Gleichzeitig hat die Mehrheit der SJ-FunktionärInnen weiterhin ein marxistisches Selbstverständnis. Unter dem Eindruck von Klassenkämpfen und großen Jugendprotesten wird die SJ wieder nach links gehen und ein wichtiger Attraktionspol für viele Jugendliche darstellen. Dann gilt es in der SJ eine starke marxistische Strömung etabliert zu haben.

Schluss

Der Kapitalismus ist weltweit in einer sehr schwierigen Situation. Ungeachtet der österreichischen Entwicklung ist die Krise des Weltkapitalismus alles andere als vorüber. Perspektiven für den österreichischen Kapitalismus müssen immer vor diesem Hintergrund gesehen werden. Plötzliche Schocks sind in der Gesamtsituation angelegt und werden auch in Österreich, das Teil der generellen Entwicklungsprozesse des Kapitalismus ist, ihren Widerhall finden. Darauf gilt es politisch und organisatorisch vorbereitet zu sein. Der beste Weg dahin liegt in einer Arbeit, die geprägt ist vom geduldigen Erklären marxistischer Ideen

bzw. der Unterschiede zwischen Marxismus und Reformismus in all seinen Schattierungen. Auf der Grundlage dieser Perspektiven versuchen wir in der kommenden Periode eine marxistische Strömung in der organisierten ArbeiterInnenbewegung und vor allem in der Jugend aufzubauen.

APPENDIX 1:

	Durchschn. 2000-2005	Durchschn. 2005-2010 *	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009 *	2010 *	2011 *	2012 *
Belgien	1,7	2,5	2,3	1,0	-0,6	1,5	1,8	2,1	4,4	4,3	-0,2	0,8	1,0
Deutschland	0,2	0,9	0,7	0,9	-0,4	-1,0	-1,6	-0,1	2,4	5,1	-1,2	1,0	1,2
Estland	3,7	7,0	2,4	5,3	4,6	3,3	8,8	17,4	16,2	1,1	-6,7	0,7	1,8
Finnland	1,5	2,7	0,9	0,8	-0,1	2,2	0,4	0,6	5,7	7,7	-0,6	0,7	1,5
Frankreich	2,0	1,9	2,9	1,7	1,0	1,8	2,0	1,5	2,9	3,0	0,3	0,5	0,7
Griechenland	3,4	3,0	10,1	1,5	2,2	3,7	2,4	3,6	5,7	3,9	-0,4	0,1	-0,9
Irland	3,5	1,3	0,1	3,4	4,0	5,1	3,6	3,5	5,9	-0,6	-5,6	-1,2	-1,2
Italien	3,2	2,6	3,6	4,4	2,1	2,7	2,1	1,8	4,6	4,7	-0,2	0,8	1,2
Luxemburg	2,6	3,1	2,3	1,5	1,6	1,9	1,5	1,9	5,6	6,8	-0,0	0,6	-0,4
Malta	3,0	1,8	1,0	6,0	-0,5	-0,3	1,2	1,5	3,7	4,0	-1,3	1,2	2,1
Niederlande	2,5	1,9	4,9	2,7	0,2	-0,4	0,7	1,8	2,9	5,1	-1,1	1,1	0,7
Österreich	0,7	1,9	0,2	1,4	-0,6	1,2	0,9	0,9	2,7	4,7	0,4	1,1	0,8
Portugal	3,1	1,6	3,3	3,8	1,0	3,6	0,9	1,2	3,2	3,5	-0,5	-1,1	-0,4
Slowakei	3,7	1,8	4,0	4,4	3,0	4,2	1,6	0,1	4,1	7,4	-3,7	1,0	1,4
Slowenien	4,9	3,5	6,3	4,5	3,7	0,9	1,0	2,6	5,9	8,5	-0,4	0,7	1,3
Spanien	2,9	2,4	2,9	2,9	2,5	3,2	3,4	4,0	4,9	1,0	-1,1	-0,3	0,6
Zypern	3,8	2,4	4,8	9,6	1,5	1,4	0,7	1,1	2,7	6,3	1,3	1,8	1,8
Eurozone (17)	1,9	1,9	2,5	2,2	0,8	1,4	1,0	1,5	3,6	4,0	-0,7	0,7	0,8
Bulgarien	3,3	9,1	1,5	2,5	0,8	2,3	4,3	13,8	16,2	10,4	1,4	3,7	2,8
Dänemark	2,5	3,6	3,4	2,2	0,4	2,3	2,2	4,8	6,8	4,6	-0,3	1,4	1,5
Großbritannien	2,5	2,9	1,9	2,9	1,9	2,2	2,9	2,9	2,3	5,8	0,8	1,0	2,0
Lettland	4,7	8,6	-0,6	5,6	6,6	14,9	15,2	27,2	21,9	-7,0	-9,0	-2,1	-1,5
Litauen	1,7	3,4	1,8	1,0	3,2	6,1	10,1	6,6	10,3	-2,8	-6,1	-0,5	3,3
Polen	-0,2	2,3	-2,3	-3,3	-2,1	0,3	-1,1	2,7	7,5	1,7	0,8	1,4	3,0
Rumänien	17,0	12,3	-0,6	21,5	3,1	21,5	5,0	15,2	22,9	16,6	2,9	1,9	1,0
Schweden	1,0	1,9	0,4	0,3	-0,9	0,2	-0,5	4,2	2,6	4,7	-1,5	0,2	1,6
Tschechien	3,3	2,4	6,0	3,7	1,5	-0,3	1,0	2,9	5,0	3,6	-0,4	0,8	1,9
Ungarn	6,0	2,8	9,1	5,7	4,6	3,6	2,2	5,6	4,7	1,9	-0,6	0,5	2,4
EU (15)	1,9	2,1	2,2	2,3	0,9	1,5	1,4	1,9	3,3	4,3	-0,4	0,7	1,1
EU (27)	2,0	2,2	2,2	2,3	1,0	1,6	1,4	2,2	3,8	4,3	-0,4	0,7	1,1
Island	3,7	5,0	7,1	-0,4	2,0	4,8	12,8	6,5	2,6	-1,8	5,4	2,3	1,8
Kroatien	0,6	2,6	4,1	1,1	3,4	0,4	2,0	2,0	5,8	6,5	-3,0	-1,3	-0,6
Türkei	22,0	7,7	28,9	20,3	9,8	4,5	6,8	8,9	10,3	10,8	1,8	2,3	1,7
Schweiz	1,2	1,9	2,1	0,4	-2,3	1,1	0,6	1,6	3,5	5,0	-1,1	0,7	0,7
Norwegen	2,8	6,1	3,5	1,6	1,5	3,2	6,7	7,8	8,5	4,6	3,0	2,5	2,7
USA	1,6	1,4	0,3	2,1	1,3	2,3	3,0	2,9	2,3	-0,2	-1,1	-0,3	-0,7
Japan	-2,6	-1,3	-3,5	-3,5	-3,1	-1,0	-1,5	-3,0	0,5	0,8	-3,3	-0,4	-0,4

APPENDIX 2:

	Durchschn. 2000-2005	Durchschn. 2005-2010 *	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009 *	2010 *	2011 *	2012 *
Nordblock	1.10	1.65	1.55	1.33	0.43	0.00	0.13	1.70	2.65	4.90	-0.85	0.85	1.08
PIIGS	3.22	2.18	4.00	3.20	2.36	3.66	2.48	2.82	4.86	2.50	-1.56	-0.34	-0.14

APPENDIX 3:

	Durchschn. (ungewichtet) 2000-2005	Durchschn. (ungewichtet) 2005-2010 *	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009 *	2010 *	2011 *	2012 *
Nordblock	1.10	1.65	1.55	1.33	0.43	0.00	0.13	1.70	2.65	4.90	-0.85	0.85	1.08
PIIGS	3.22	2.18	4.00	3.20	2.36	3.66	2.48	2.82	4.86	2.50	-1.56	-0.34	-0.14

APPENDIX 4:

	Durchschn. 2000-2005	Durchschn. 2005-2010 *	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009 *	2010 *	2011 *	2012 *
Belgien	1.6	1.1	1.4	0.8	3.2	1.7	2.7	2.9	1.0	-2.8	2.0	1.8	2.0
Deutschland	0.6	1.2	0.0	-0.2	1.2	0.8	3.4	2.7	1.0	-4.7	3.7	2.2	2.0
Estland	7.9	-0.2	7.9	7.6	7.2	9.4	10.6	6.9	-5.1	-13.9	2.4	4.4	3.5
Finnland	2.6	1.0	1.8	2.0	4.1	2.9	4.4	5.3	0.9	-8.0	2.9	2.9	2.3
Frankreich	1.7	0.7	1.0	1.1	2.5	1.9	2.2	2.4	0.2	-2.6	1.6	1.6	1.8
Griechenland	4.0	0.7	3.4	5.9	4.4	2.3	4.5	4.3	1.3	-2.3	-4.2	-3.0	1.1
Irland	5.4	-0.2	6.5	4.4	4.6	6.0	5.3	5.6	-3.5	-7.6	-0.2	0.9	1.9
Italien	0.9	-0.4	0.5	0.0	1.5	0.7	2.0	1.5	-1.3	-5.0	1.1	1.1	1.4
Luxemburg	3.6	2.4	4.1	1.5	4.4	5.4	5.0	6.6	1.4	-3.7	3.2	2.8	3.2
Malta	1.1	2.2	2.6	-0.3	0.9	4.0	3.6	3.7	2.6	-2.1	3.1	2.0	2.2
Niederlande	1.3	1.4	0.1	0.3	2.2	2.0	3.4	3.9	1.9	-3.9	1.7	1.5	1.7
Österreich	1.6	1.5	1.6	0.8	2.5	2.5	3.6	3.7	2.2	-3.9	2.0	1.7	2.1
Portugal	0.8	0.5	0.7	-0.9	1.6	0.8	1.4	2.4	0.0	-2.6	1.3	-1.0	0.8
Slowakei	4.9	4.7	4.6	4.8	5.1	6.7	8.5	10.5	5.8	-4.8	4.1	3.0	3.9
Slowenien	3.7	1.8	4.0	2.8	4.3	4.5	5.9	6.9	3.7	-8.1	1.1	1.9	2.6
Spanien	3.3	0.9	2.7	3.1	3.3	3.6	4.0	3.6	0.9	-3.7	-0.2	0.7	1.7
Zypern	3.2	2.3	2.1	1.9	4.2	3.9	4.1	5.1	3.6	-1.7	0.5	1.5	2.2
Eurozone (17)	1.5	0.8	0.9	0.8	2.2	1.7	3.0	2.9	0.4	-4.1	1.7	1.5	1.8
Bulgarien	5.5	2.7	4.7	5.5	6.7	6.4	6.5	6.4	6.2	-4.9	-0.1	2.6	3.8
Dänemark	1.3	0.2	0.5	0.4	2.3	2.4	3.4	1.6	-1.1	-5.2	2.3	1.9	1.8
Großbritannien	2.5	0.4	2.1	2.8	3.0	2.2	2.8	2.7	-0.1	-5.0	1.8	2.2	2.5

Lettland	8.2	-0.7	6.5	7.2	8.7	10.6	12.2	10.0	-4.2	-18.0	-0.4	3.3	4.0
Litauen	7.8	0.9	6.9	10.2	7.4	7.8	7.8	9.8	2.9	-14.7	0.4	2.8	3.2
Polen	3.1	4.6	1.4	3.9	5.3	3.6	6.2	6.8	5.1	1.7	3.5	3.9	4.2
Rumänien	5.7	2.3	5.1	5.2	8.5	4.2	7.9	6.3	7.3	-7.1	-1.9	1.5	3.8
Schweden	2.7	1.3	2.5	2.3	4.2	3.2	4.3	3.3	-0.4	-5.1	4.8	3.3	2.3
Tschechien	3.8	2.7	1.9	3.6	4.5	6.3	6.8	6.1	2.5	-4.1	2.4	2.3	3.1
Ungarn	3.9	-0.1	4.1	4.0	4.5	3.2	3.6	0.8	0.8	-6.7	1.1	2.8	3.2
EU (15)	1.7	0.7	1.2	1.2	2.3	1.8	3.0	2.8	0.3	-4.3	1.8	1.6	1.9
EU (27)	1.8	0.8	1.2	1.3	2.5	2.0	3.2	3.0	0.5	-4.2	1.8	1.7	2.0
Island	4.3	0.1	0.1	2.4	7.7	7.5	4.6	6.0	1.0	-6.8	-3.5	0.7	2.1
Kroatien	4.5	0.9	5.4	5.0	4.2	4.2	4.7	5.5	2.4	-5.8	-1.8	1.5	2.1
Türkei	4.6	2.9	6.2	5.3	9.4	8.4	6.9	4.7	0.7	-4.7	7.5	5.5	4.5
Schweiz	1.3	2.0	0.4	-0.2	2.5	2.6	3.6	3.6	1.9	-1.9	2.7	2.2	2.5
Norwegen	2.2	1.0	1.5	1.0	3.9	2.7	2.3	2.7	0.8	-1.4	0.5	1.8	2.3
USA	2.4	0.9	1.8	2.5	3.6	3.1	2.7	1.9	0.0	-2.7	2.7	2.1	2.5
Japan	1.3	0.3	0.3	1.4	2.7	1.9	2.0	2.4	-1.2	-5.2	3.5	1.3	1.7

APPENDIX 5:

	Durchschn. 2000-2005	Durchschn. 2005-2010 *	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009 *	2010 *	2011 *	2012 *
Nordblock	1.55	1.35	1.05	0.80	2.53	2.13	3.68	3.40	1.18	-4.40	3.05	2.18	2.03
PIIGS	2.88	0.30	2.76	2.50	3.08	2.68	3.44	3.48	0.52	-4.24	-0.44	-0.26	1.38